

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wochentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeleitete Kolonne
 jeils oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 3. Juli 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Gewissensfreiheit für Dissidenten.

Eine ständige Begleiterscheinung der Epochen politischer Reaktion ist von je die Drangsalierung der Dissidenten gewesen, der Leute, die den staatlich anerkannten und begünstigten Glaubensgemeinschaften den Rücken gekehrt haben, weil sie deren „Heilswahrheiten“ nicht mit ihrer geübten Vernunft vereinbaren können und es für richtig halten, sich auch äußerlich von einer Konfession loszusagen, der sie sich innerlich völlig entfremdet haben. Der Verfechter der bestehenden Ordnung sind solche Leute von jeher höchst verdächtig und ärgerlich gewesen. Sie betrachten den Glauben an die geoffenbarten Religionen und die Unterwerfung unter die Gängelung der Priesterschaft als ein werthvolles Mittel zur Erhaltung des Gefühls der Unterthänigkeit gegenüber der Obrigkeit. Hat doch deshalb König Friedrich II. von Preußen, der für seine Person als ungläubiger „Philosoph“ der geoffenbarten Religion den Rücken lehnte, aus Gründen jener Staatsraison dem Grundsatze Geltung zu verschaffen gesucht: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben.“ Im verstärkten Maße neigen die herrschenden Klassen naturgemäß solchen staatsbehaltenden Maßregeln zu, sobald sie überhaupt es wieder einmal für angebracht halten, den Wagen der gesellschaftlichen Entwicklung stärker zu bremsen. Kein Wunder, daß auch unter dem Rückwärtsdrängen der Dissidenten das Leben schwerer gemacht wird als sonst. Nach den Wünschen des Rückwärtsdrängers natürlich, bald viel, bald gar. Eingeleitet wurde die Aktion gegen die Dissidenten unter dem Kultusminister Graf Jellich, der alle möglichen Anstrengungen machte, die Dissidentenkinder in den konfessionellen Religionsunterricht der Schule hineinzuzwingen. Er brach dadurch mit der duldsameren Politik des früheren Kultusministers Falk, unter dem eine Verfügung ergangen war, daß die Dispensation der Dissidentenkinder vom schulgemäßen Religionsunterricht von keinerlei Bedingung, auch nicht von der eines Erfahres für diesen Schulunterricht abhängig gemacht werden dürfe. Graf Jellich verfügte, daß die Dispensation der Dissidentenkinder nur erfolgen solle, wenn „für den religiösen Unterricht des Kindes anderweit nach behördlichem Ermessen in ausreichender Weise gesorgt ist.“ In der Praxis hat diese Verfügung bekanntlich dazu geführt, daß den Dissidenten, die sich in der freireligiösen Gemeinde zusammengesunden haben, die Ertheilung eines ihrer Weltanschauung entsprechenden Erfahres für den konfessionellen Religionsunterricht überhaupt unmöglich gemacht wurde. Den Lehrern der freireligiösen Gemeinden wurde der Unterricht einfach verboten und einer von ihnen auf Grund eines Strafmandats, ohne daß die Anrufung richterlicher Entscheidung möglich gewesen wäre, wegen Zuwiderhandeln gegen das Verbot auf Wochen ins Gefängnis gesteckt. Freireligiöser Unterricht gilt „nach behördlichem Ermessen“ nicht als Erfah für den schulgemäßen Religionsunterricht.

Während den Lehrern die Anrufung richterlicher Entscheidung gegen das Unterrichtsverbot abgeschnitten ist, wurde die Verfügung des Kultusministers selbst von dissidentischen Eltern mehrfach angefochten, indem sie richterliche Entscheidung gegen die daraus resultierenden Strafen beantragten. Ueber die Rechtsbeständigkeit jener Verfügung haben die verschiedenen Gerichte eine einander widersprechende Entscheidung gefällt. So haben die Landgerichte zu Halle und Magdeburg zu Gunsten der Dissidenten entschieden und das preussische Kammergericht, die höchste Instanz in diesen Fragen, hat einmal den Dissidenten recht gegeben, ein andermal sich gegen sie erklärt. Die Auffassung, daß die Verfügung nicht rechtsbeständig sei, stützt sich vornehmlich auf Th. II Tit. 12 § 11 des Allgemeinen Landrechts:

„Kinder, die in einer anderen Religion, als welche in der öffentlichen Schule gelehrt wird, nach den Gesetzen des Staates erzogen werden sollen, können dem Religionsunterrichte in derselben beizuwohnen nicht angehalten werden.“

Ferner kommen dabei in Betracht die auf die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen Bekenntnisses bezüglichen Vorschriften in §§ 1-4 Th. 2 Tit. 11 des Allg. Landrechts und in Art. 12 der preussischen Verfassung.

Für die gegentheilige Auffassung werden geltend gemacht die §§ 74 und 75 II, 11 Allg. Landrechts und Art. 21 der Verfassungsurkunde. Dort heißt es:

§ 74. Die Anordnung der Art, wie das Kind erzogen werden soll, kommt hauptsächlich dem Vater zu. § 75. Dieser muß vorzüglich dafür sorgen, daß das Kind in der Religion und nützlichen Kenntnissen den nöthigen Unterricht nach seinem Stande und Umständen erhalte.

Artikel 21 der Verfassungsurkunde lautet:

„Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden. Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder ihre Pflegekinder nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist.“

Für Anhänger aller Parteien müßte nun wenigstens so viel aus diesen Vorgängen hervorgehen, daß die Frage dringender der gesetzlichen Regelung bedarf. Das geben sogar verständige Konservative zu, zum Beispiel Rechtsanwalt R. Olayel, aus dessen Schrift „Religionsunterricht der Dissidentenkinder“ (Verlag von W. Rodenkopf, Berlin) man sich über den tatsächlichen Zustand und die strittigen Rechtsfragen sehr gut unterrichten kann.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Frage ist klar durch unser Programm gegeben. Aus unserer Forderung

daß Religion als Privatsache behandelt werden soll, ergibt sich, daß wir verlangen, den Religionsunterricht aus den staatlichen und Gemeindeschulen überhaupt zu entfernen, und es den Eltern zu überlassen, ob sie ihre Kinder irgend einem von den konfessionellen Gemeinschaften veranstalteten Religionsunterricht besuchen lassen wollen, oder nicht.

In einer solchen Modifikation können sich aber die bürgerlichen Parteien nicht verstehen. Selbst die Liberalen haben sich deshalb darauf beschränkt, im Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf einzubringen, dessen einziger Paragraph lautet:

„Kinder, welche nicht einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft angehören, nehmen an dem Religionsunterrichte der Schule theil, sofern nicht die Eltern oder deren Stellvertreter das Gegenteil verlangen.“

Man sollte meinen, dazu müßten sich selbst die Konservativen um so eher verstehen, da dieser Passus sich wörtlich mit § 17 des sonst durchweg reaktionären Jellich'schen Volksschul-Gesetzentwurf deckt. Aber weit gefehlt. Diese Vertheidiger von Thron und Altar wollen es lieber bei dem jetzigen verworrenen Rechtszustande lassen, als auch nur in dem bescheidenen Maße des Reich'schen Gesetzentwurfes die Dissidenten gegen die fernere Bedrängung ihrer Gewissensfreiheit sicher zu stellen. Charakteristisch ist, daß sie auch bei diesem reaktionären Widerstande mit dem Schreckgespenst der Sozialdemokratie die Philister granlich zu machen suchen. Sie haben die Gewährung der Gewissensfreiheit an die Dissidenten als ein Zugeständniß an die Sozialdemokratie demingirt. Wir haben zwar nichts dagegen einzuwenden, wenn man uns auf solche Weise als die einzigen ernstlichen Vertheidiger der Gewissensfreiheit hinstellt. Ein plummes Manöver ist es aber, wenn unsere Gegner Dissidententhum und Sozialdemokratie zu identifizieren suchen. Sicher sind viele Mitglieder unserer Partei Dissidenten und wirken als Dissidenten für die Ausbreitung ihres Glaubens und ihrer Weltanschauung, ebensowohl zählen wir aber auch Katholiken, Protestanten und Juden in unseren Reihen. Unsere Partei überläßt die religiösen Fragen vollständig der selbständigen Entscheidung jedes einzelnen Mitgliedes. Mit aller Entschiedenheit aber treten wir ein für die Gewissensfreiheit. Wie wir die Dissidenten schützen wollen gegen die Bedrängung der kirchlichen und staatlichen Behörden, sind wir auch von jeher eingetreten für die Anhänger geoffenbarter Religionen, wenn sie in ihrem religiösen Leben beeinträchtigt wurden durch staatliche Maßregeln. So haben wir stets für die Aufhebung der Jesuitengesetze gestimmt.

Im Abgeordnetenhaus liegt die Entscheidung über das Dissidentengesetz, das jetzt an eine Kommission von 15 Mitgliedern gegangen ist, beim Zenitum. Es ist jetzt an die Probe gestellt, ob es in Fragen der Gewissensfreiheit gleich vorurtheilsfrei zu handeln gewillt ist, wie die Sozialdemokratie es von je gethan hat, oder ob es nur für sich die Freiheit begehrt, für Andersgläubige den Glaubenszwang. Von der heutigen Regierung ist allerdings kaum zu erwarten, daß sie dem unhaltbaren Zustande, unter dem die Dissidenten zu leiden haben, ein Ende macht. Sie giebt freiwillig nie ein Polizeimittel aus der Hand, mag es auch noch so untauglich sein. Um so mehr ist es die Pflicht der Sozialdemokratie, auch auf diesem Gebiete sich als Vorkämpferin der Volkssfreiheit zu bewähren.

Politische Ueberkraft.

Berlin, 2. Juli.

Von der „neuen Regierung“ gilt das Wort: „Sage mir, wer dein Freund ist, und ich sage Dir, wer Du bist.“ In sich ist die Veränderung nicht groß und mit Ausnahme Poddieckst's, von dem man nur weiß, daß er ein Husaren-general, und des Herrn v. Bülow, von dem man nur weiß, daß er ein guter Regierungsmann, sind die Personen der neuen Regierung ja alles alte Bekannte, nur mit vertauschten Rollen. Also entweder alte Bekannte oder politisch farblose „neue Menschen“ (hominos nicht viri novi sagten die Alten) und doch dieser Jubel im reaktionären Lager. Jubel um so lauter, je niedriger die Bildungsstufe — am lautesten im Lager der Spezialfreunde des Herrn von Tausch, der antisemitischen Agrarier und der mit „Lausejungen“ um sich wendenden Herrenhaus-Bietiden.

Diese drei Kategorien, die einander werth sind, können sich nicht fassen vor überschwänglicher Freude. Und da sie es sind, welche in der Krise als Geburtsheifer gedient haben, sind sie in der Lage, es am besten zu wissen.

Die Sieger kennen wir — schon ihr Jubel verräth sie uns.

Wer aber sind die Besiegten? Da ist die Antwort schwieriger. Der Liberalismus ist nicht der Besiegte, denn er hatte auch in der vorigen Regierung keinen Platz. Der Sozialismus sicherlich auch nicht. Im Gegentheil, wenn Husaren-generale Verwaltungsminister werden, wenn die Arbeitergeschgebung in die Hände von Männern kommt, welche die jungen Arbeiter „Lausejungen“ betiteln — dann blüht der Weizen des Sozialismus und der Sozialdemokratie.

Wer sind die Besiegten?
 Im März 1890 wurde Bismarck vom Kaiser, der sein eigener Reichskanzler sein wollte, kurzerhand der Lauspaß gegeben — denn einfache Entlassung war das nicht. „Le roi mo rouverra — der König wird mich wiedersehen!“ triefte der „treue Vasall“; und von dem Moment an, wo er in

Friedrichsruhe angelangt war, begann er einen Krieg auf Leben und Tod.

Den Kaiser durfte und konnte er nicht angreifen. Er hielt sich an die Vertrauensmänner des Kaisers, von denen er annahm, daß sie geholfen hätten, ihn an die Luft zu setzen: Und drei vor allem waren es, die er mit glühendem Haß verfolgte: Caprivi, Bötticher und Marschall. Caprivi, der Gehäufte, wurde nach dreijähriger Wählerarbeit gestürzt. Doch die beiden anderen behaupteten sich noch: Marschall und Bötticher.

Auf sie konzentrierte sich nun das Feuer der Bismarck'schen Freude — der Tausch und Garden-Gesellschaft nebst allem, was drum und dran hängt.

Und diesmal sind Bötticher und Marschall gefallen — dem „Troupier“ ist der „Lieber“ und der „Staatsanwalt“ gefolgt.

Die Sieger kennen wir.
 Aber Sieger über wen? —

Bürgerthum und Junkerthum. Die „Köln. Zeitung“ weist die erneuten Zumuthungen des Freiherrn v. Stumm im Herrenhause, als ob die Nationalliberalen ihre Haltung gegenüber dem Vereinsgesetz ändern würden, scharf zurück und wiederholt ihren Kampfesruf gegen die Junker. Sie sagt:

Die Stellungnahme der Nationalliberalen steht durchaus im Einklang mit der Wählerschaft und Presse, sie ist unverrückbar und wird weder durch Brüstungen noch durch Fäustelstöße verschoben werden. Das Bürgerthum weiß, daß es einen ersten Kampf mit dem Junkerthum auszufechten hat, und wird sich nicht durch alle Mißgriffe, wie Sozialistengesetz und Kulturkampf, entweichen lassen.

Das deutsche Bürgerthum hat noch niemals „ernst“ mit dem Junkerthum zu fechten verstanden. Vielmehr ist das deutsche Bürgerthums Feigheit es gewesen, dank deren das Junkerthum seine alte Macht zu bewahren vermochte, dank deren das Junkerthum heute übermüthiger denn je auftritt.

Sollte das Bürgerthum auf seine alten Tage jungen Muth fühlen und noch in letzter Stunde ernst zu fechten lernen? Wir werden das erst glauben, wenn wir es erleben! —

Normal-Arbeitsstag — in Rußland. Das Gesetz, durch welches der Normal-Arbeitsstag in Rußland eingeführt worden ist, über welches in den deutschen Zeitungen vor einigen Tagen telegraphisch berichtet wurde, liegt nunmehr im Wortlaute in den russischen Zeitungen vor. Der Normal-Arbeitsstag ist eingeführt für die Arbeiter sämtlicher Fabriken, Bergwerke und Eisenbahn-Werksstätten Rußlands und zwar darf die Arbeitszeit der Arbeiter, welche nur am Tage beschäftigt sind, 11 1/2 Stunden nicht überschreiten, für die Arbeiter, welche auch nur kurze Zeit, auch während der Nacht arbeiten, ist die Arbeitszeit auf 10 Stunden beschränkt. Eine andere Bestimmung des neuen Gesetzes verbietet für dieselben Arbeiter die Arbeit an Sonntagen und außerordentlich an 14 Feiertagen im Jahre.

Den Ministern, in deren Ressort die Aufsicht über die betreffenden Betriebe fällt, wird das Recht gegeben, nach Vereinbarung mit dem Minister des Innern, für einzelne Industriezweige oder Betriebe, wie auch überhaupt für dringende Fälle Abweichungen von den Bestimmungen des Gesetzes zuzulassen, wie auch für Industriezweige und Arbeiter, welche für die Gesundheit der Arbeiter besonders schädlich sind, eine kürzere Maximal-Arbeitszeit festzusetzen. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1898 in Kraft, doch ist es gleichfalls den betreffenden Ministern überlassen, nach Vereinbarung mit dem Minister des Innern, dasselbe für einzelne Industriegebiete sowie auch für einzelne Betriebe schon früher in Anwendung zu bringen.

Für viele russische Arbeiter wird dieses Gesetz eine große Erleichterung bringen. Die durchschnittliche Arbeitszeit der russischen Arbeiter betrug bis jetzt 12 bis 13 Stunden und ein großer Theil derselben arbeitet 14, 15 und 16 Stunden täglich. Die verkürzte Arbeitszeit ist für die gesammte russische Arbeiterschaft durch die Kämpfe der Petersburger Arbeiter errungen worden.

Wir beglückwünschen die Petersburger Arbeiter zu diesem Erfolge und sind fest überzeugt, daß derselbe ihnen als ein Ansporn dienen wird, auch fernertbin der russischen Arbeiterschaft im wirtschaftlichen und politischen Kampfe voranzuschreiten. —

In Indien häufen sich die bedenklichen Symptome. Zu dem Aufstand oder richtiger der Erhebung (denn sie sind ja den Engländern nicht unterworfen) der Bergämme an der asghanischen Grenze und den mordrischen Angriffen auf englische Beamte in Puna (Bombay) ist es nun in der bengalischen Stadt Tschitpur (Chitpore) bei Kalkutta zu ernsthaften Unruhen gekommen. Hier gab die angebliche Entweihung einer Moschee den Grund und Vorwand zu einem Tumult, ab, der einen so großen Umfang annahm, daß Truppen in die Stadt gezogen werden mußten. In Tschitpur sind es Mohamedaner, unter denen der Ausbruch erfolgt ist; in Puna dagegen Hindus. Und dies ist das Bedenkliche. Der große Sipoy-Aufstand des Jahres 1857, der erst im Jahre 1859 mit Mähe und durch grausamste Mittel unterdrückt werden konnte, wurde dadurch so gefährlich, daß Hindus und Mohamedaner, die sonst aufeinander eifersüchtig sind, in gemeinsamem Haß gegen England sich zusammenschlossen.

Jetzt scheint eine ähnliche Stimmung sich herauszubilden und herausgebildet zu haben. Die indischen Mohammedaner sind erbittert über die antitürkische Politik Lord Salisbury's, und unter den Hindus, deren Haupt-erziehungsanstalten in Puna sind, haben seit langem a u t o n o m i s t i s c h e Ideen Wurzel gefasst. Juden — so verlangen es die gebildeten Hindus, die eine einflussreiche Presse und Literatur haben — Indien soll nicht länger für England ein stummes Ausbentungsobjekt sein — es muß freie Institutionen erhalten, und nicht bloß eine eigene indische Volksvertretung, sondern auch eine Vertretung Indiens im englischen Parlament. Die Sprache der indischen Presse wird immer selbstbewusster und drohender, und das englische Regierungsblatt „Standard“ spricht angesichts der Vorgänge in Puna, dem Zentrum der jungindischen Bewegung, heute schon von einer Kuebel-akte für Indien.

Jedenfalls ist die Lage dort kritisch, und Lord Salisbury weiß sehr wohl, warum er in Konstantinopel plötzlich mildere Saiten aufgezogen hat. Der Schwerpunkt der orientalischen Frage ist nicht mehr in der Türkei — er ist, wenn nicht alle Anzeichen trügen, augenblicklich in Indien.

Ueber die Vorgänge in Tschitpur wurde, wie wir bereits gestern mittheilten, dem „Neuerischen Bureau“ telegraphirt:

Kalkutta, 1. Juli. Die gestrigen Unruhen in Tschitpur, einer Vorstadt von Kalkutta, waren sehr ernst. Zur Unterdrückung derselben waren außer der Polizei noch fast dreihundert Mann Militär aufgebracht. Die Unruhestifter durchzogen gruppenweise die Straßen, beschimpften die Europäer und bewarfen sie mit Steinen, sobald mehrere derselben verurundet wurden. Dem Unfand, daß die Hindus passiv mit den Mohammedanern sympathisiren, wird hier eine gewisse Bedeutung beigelegt. Heute früh hatte die Sachlage noch ein sehr ernstes Aussehen. Die requirirte Kavallerie hatte seit gestern Verhärtnisse erhalten. Sie zerstreute die Gruppen der Unruhestifter, welche sich jedoch später wieder sammelten. Die Bewegung hat sich über ein größeres Gebiet ausgedehnt, jedoch ist die Lage augenblicklich ruhiger.

Das klingt weder beruhigt noch beruhigend. —

Die Friedensverhandlungen rücken nicht vom Fleck. In Konstantinopel wird, wie das Wiener Telegr.-Bureau mittheilt, die Verzögerung in den Friedensverhandlungen auf die landesübliche hinkaltende Verhandlungsweise sowie auf die in türkischen Kreisen herrschenden Eifersüchteleien und Intrigen zurückgeführt. Trotzdem siehe ein baldiger Abschluß der Verhandlungen zu erwarten; ein Ministerwechsel sei dabei aber nicht ausgeschlossen.

„Daily Chronicle“ meldet aus Athen, Ministerpräsident Kalli habe sich dahin geäußert, daß die Vorkämpfer die Räumung Thessaliens auf den 15. Juli festgesetzt hätten. Befestigung dieser Nachricht muß erst abgewartet werden.

In englischen Unterhauses theilte der Parlaments-Untersekretär des Auswärtigen, Curzon, mit, daß die Verhandlungen über die zur Sicherung der Autonomie Aretas zu ergreifenden Maßnahmen zwischen den Großmächten noch fort dauern. Es seien indes schon bedeutende Fortschritte zur Erzielung eines Einvernehmens gemacht.

Sehr fragwürdig und geradezu ungläubhaft sind auch die Nachrichten, welche „Standard“ und „Times“ verbreiten. Dem „Standard“ wird aus Konstantinopel gemeldet, Edhem Pascha habe dem Kriegsminister angezeigt, daß er das Oberkommando niederlege, da er bei den vorgeschlagenen Abmachungen nicht in der Lage sei, für die Aufrechterhaltung der Disziplin in seiner Armee zu garantiren.

Die „Times“ meldet aus Konstantinopel vom 30. Juni, die osmanischen Bevollmächtigten werden in der nächsten Sitzung betreffend die Friedensverhandlungen, die Erklärung abgeben, die Flotte halte das unantastbare Recht der Türkei, Thessalien zu besetzen, aufrecht, kraft der geschriebenen Eroberung.

Aus Varna wird telegraphirt: Hier wird die Meldung, Droz habe bereits den Gouverneurposten von Areta angenommen, als vollständig unbegründet bezeichnet.

Deutsches Reich.

— Daß Herr von Rheinbaben das Reichschahant übernehmen soll, wie mitgetheilt wurde, wird jetzt wieder stark bezweifelt. Vielmehr soll der bairische Finanzminister Buchenberger in erster Linie in Betracht kommen. Einige Blätter wollen allerdings wissen, daß Herr Buchenberger bestimmt abgelehnt hat und daß ihm deshalb der Großherzog von Baden einen hohen Orden verliehen habe.

— Dr. Wöbller hat mit dem 1. Juli sein Amt abgegeben. Er verabschiedete sich am 30. v. M. von den Beamten seines bisherigen Wirkungskreises. Aus seinen Abschiedsworten ist die Erklärung hervorgegangen, daß er nur ungenügend seinen Posten verlassen, der unter ihm im stetigen Wachsthum groß geworden; aber er habe dem Druck der Lage, die wie die Beamten wüßten, für sein Wirken unentgeltlich sich gestellt habe, nachgeben müssen. Er erwähnte die Beamten, Hand in Hand mit den Räten und in dem bisherigen Geiste der strengsten Pflichterfüllung und der Berücksichtigung des sozialen Wohles der Arbeiter zu wirken. Den zugleich anwesenden Direktor Gabel nannte er seinen verehrten Freund, von dem er hoffe und wünsche, daß er sein Nachfolger werde. Dr. Wöbller verabschiedete sich von den 300 Beamten einzeln durch Händedruck und freundliche Worte.

Beleuchtet tritt aber nicht Herr Gabel an die Stelle Wöbller's. Wir haben ja genug aufgediente Husaren und sonstige Generale. Warum soll sich nicht einer von diesen für die Leitung des Reichs-Verwaltungsamtes ebenso gut eignen wie Herr v. Wöbller für die Leitung des Reichspostamtes? —

— Byzantinerei oder was sonst? Letzter Tage ging eine höchst romantische Geschichte durch die Presse, in der der Muth des deutschen Kaisers verherrlicht wurde. Wir nahmen von der Erzählung keine Notiz, da sie uns kein besonderes Interesse zu haben schien. Die Sache ist aber doch mittheilenswerth. Der Kaiser soll von der „Hohenzollern“ nach der „Columbia“ haben fahren wollen, wo ihn die Hamburger Honoratioren zu einem Festmahle erwarteten. Es hätte sich aber ein schweres Unwetter erhoben, die Dampfboote sei gegen die „Hohenzollern“ gefahren worden, hätte ein furchtbares Loch am Bug erhalten und bei der schweren Gefahr hätte der Kaiser sich überaus muthig benommen. Es stellt sich nun aber heraus, daß die ganze Geschichte, die mit allerlei Einzelheiten in phantastischer Weise erzählt wurde, nur erfunden war. Der Grund zur Erfindung der Geste ist aber nicht sicher zu ersehen.

— Stamm, so fragt ein Hamburger Blatt, die falsche Nachricht aus der Umgebung des Kaisers? Geht sie von glatten Höflingsgeelen aus, die in äbel angebrachter Dienstbeflissenheit geglaubt haben, dem Kaiser einen Dienst zu erweisen, als sie für sein Fortleben von dem Festmahle auf der „Columbia“ eine Erklärung ausstülpten?

— Oder aber sind gewisse Hamburger Kreise daran interessiert, es so darzustellen, als ob der Kaiser durch höhere Gewalt verhindert worden sei, an Bord der „Columbia“ zu gelangen? Hat man vielleicht das Fernbleiben des Kaisers von dem Festmahle, an dem Bürgermeister und Senatoren, also dem Kaiser gleichberechtigten Vertretern eines Bundesstaates theilnahmen, etwas peinlich empfunden und den Verdacht zerstreuen wollen, als sei doch der unterlassene Kaiserloos in der Gartenbau-Ausstellung schuld an einer gewissen Verstimmung des Kaisers gegen Hamburg? —

— Beschäftigung für Soldaten? Aus der Rominter Gaide wird gemeldet: Das in Terebude anwesende Kommando des Pionierbataillons Nr. 1 führt gegenwärtig zwei im

schwedischen Stills gehaltene Zinshäuser für Waldarbeiter auf, von denen das eine beinahe vollendet ist. Am 2. Juli folgt ein zweites Kommando, welches besonders zur Schaffung von Waldwegen für eine bequeme Hin- und Rückfahrt des Kaisers bei Ausübung der Fische, zum Bau einer Schleuse und einer Kanalisation der Rominter verwendet werden wird. Das noch verbleibende Kommando wird den Bau einer Brücke über den Fluß ausführen.

Man muß sich wundern, daß Soldaten zu dergleichen privaten Dienstleistungen herangezogen werden. —

— Wieder etwas Neues vom „Groben Unfugs“-Paragrafen. Aus Siegnitz wird uns geschrieben:

„Der Grobe-Unfugs-Paragraf hat hier schon mehrmals dazu dienen müssen, Streitende, die Posten gestanden hatten, zu verurtheilen. Jüngst hatten sich wieder eine Anzahl Personen vor dem Schöffengericht wegen dieses angeblichen Vergehens zu verantworten und wurden auch verurtheilt. Nach dem Vorangegangenen wäre das ja nichts Besonderes, aber interessant ist es doch, daß diesmal das Schöffengericht durch den Mund seines Vorsitzenden verkündet ließ, daß, obwohl nicht hätte bewiesen werden können, daß die Streitenden irgend jemand belästigt hätten, dennoch das Postenstehen als eine psychische Beunruhigung des Publikums anzusehen sei. Auch bei den öffentlichen Wahlen, heißt es im Urtheil weiter, wovon sozialdemokratischer Seite den Wählern die Stimmzettel förmlich aufgedrängt würden, könnte wegen dieses groben Unfugs vorgegangen werden.“

Letzterer staatsrechtliche Versuch ist bisher noch nirgends unternommen, inwiefern alle anderen Parteien, den Wählern die Stimmzettel förmlich aufdrängen“. Aber man sieht, daß der „Grobe Unfugs“-Paragraf noch lange nicht auf der Höhe seiner Wirksamkeit steht, sondern noch immer sehr entwicklungsfähig ist. —

— Das Zentrum und die Bayern. Im „Niederbayerischen Bauer“ hält der Landtags-Abgeordnete und Führer der katholischen Bauernvereine, Staatsanwalt Söbner, das Verlangen nach einer Trennung der Bayern vom Reichstags-Zentrum aufrecht, da die Mißstimmung unter den bayerischen Bauern gegen die Thätigkeit der Fraktion sehr groß sei. In einem unechten Artikel schreibt derselbe:

„Leider hatte es (das Zentrum) bisher seinen Einfluß lediglich in die Hände der beiden Reichskanzler v. Caprivi und v. Hofenlohe gelegt und ist dadurch von Mißerfolg zu Mißerfolg geist, ohne für sich etwas herauszubringen. . . . Man kennt eben seine Pappentheilner. Auch die Zentrumspartei des Reichstages sollte vielmehr nach dem Spruche handeln: „Und bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ Die Gelegenheit dazu giebt es oft genug. Es schadet nichts, wenn die Umrangung zwischen Regierung und Zentrum keine so innige mehr ist, dafür wird die Partei um so volksthümlicher sein. Allein das weiß ich, daß gewissen Vorgängen im Lande gegenüber die Stimmung des bayerischen Volkes nur selten oder gar nicht zum Ausdruck gekommen ist. Ich fürchte auch nicht, daß bei einer Trennung die Selbstständigkeit von Bayern gefährdet werden könnte.“

Wirklich haben aber hervorragende bayerische Zentrumspartei-Abgeordnete sich gegen den Plan der Gründung einer bayerischen katholischen Volkspartei erklärt und sich dahin ausgesprochen, daß sie ihre Zugehörigkeit zur Zentrumspartei nicht aufgeben wollten. Die Folge wird daher jedenfalls eine weitere Stärkung der bayerischen Bauernbewegung sein. Jedenfalls hat das Zentrum alle Veranlassung, diese Anzeichen der Unzufriedenheit seiner Anhänger mit seiner regierungsfremdlichen Politik und seiner vielfach muthwilligen Haltung aufmerksam zu beachten. —

— Die Bewegung des „Mittelstandes“ gegen den Lausänischen Großbetrieb zieht weitere Kreise. Ein Delegirtertag für Handel und Gewerbe in Schleisien und Posen, der letzten Sonntag in Grottkau i. Sch. verammelt war, stellte folgende Forderungen gegenüber den Konsumvereinen auf:

1. Konsumvereine sollen nur soweit zugelassen werden, als es sich um augenblickliche Befriedigung an der Arbeitsstelle handelt.
2. Befreiung der Bevorgungen, welche die Konsumvereine gegenüber den Einzelkaufleuten genießen, wie z. B. Befreiung von Staats- und Gemeinde-Einkommensteuer. (Diese Befreiung ist in ihrer Allgemeinheit völlig unrichtig.)
3. Eintrogung aller Konsum- und ähnlichen Vereine im Genossenschaftsregister.
4. Gänzlichliches Verbot des Brennweineverkaufs für die Konsumvereine.

Ein zweiter Antrag handelte von den Waarenhäusern und dem „Filiälwesen“ und ging dahin:

Der Verbandtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach: 1. von solchen gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, welche als Großbetriebe in Anwendung auf den Kleinbetrieb (Detailverkauf) zu bezeichnen sind und Waaren verschiedener Waarengattungen im Kleinhandel an offenen Verkaufsstellen feilhalten, oder im Wege des Verandes mittels Post, Eisenbahn oder sonstiger Verkehrsmittel Konsumanten zum Verkauf bringen (Waarenhäuser, Bazare, Versandgeschäfte, Konsumvereine), neben der Gewerbesteuer eine besondere Umsatzsteuer bezw. Vertriebssteuer erhoben wird; 2. die Steuerpflicht bei einem jährlichen Umsatz von 200 000 M. beginnt; 3. Die Steuer nach der Zahl der geführten Waarenattungen, sowie nach dem jährlichen Umsatze steigt; 4. Fabrikations- sowie Groß- und Detailgeschäfte, welche eigene Detail-Filialgeschäfte betreiben, sind ebenfalls nach Höhe des Umsatzes zur Umsatzsteuer für jede einzelne Verkaufsstelle heranzuziehen; 5. die Steuer an Kommunalverbände überwiesen wird; 6. für Konsumvereine, Waarenhäuser und die in letzter Zeit entstandenen und sich stets mehrenden sogenannten Großbazare eine direkte Umsatzsteuer ausgesetzt wird.

Bezüglich der Firmenschilder wurden folgende zwei Anträge angenommen:

1. Der Zentralverband wolle beschließen bezw. dafür eintreten, daß gesetzlich eine vollständige Firmierung der Firmenschilder aller Geschäftseigenen stattzufinden habe, so daß der Inhaber jedes Gewerbebetriebes deutlich erkennbar ist.
2. Die Hauptversammlung beschließt ein gemeinsames Vorgehen gegen die zur Fälschung des Publikums dienenden Firmenbezeichnungen (in Annoncen, auf Firmenschildern etc.) bezüglich der Herkunft der Waaren (z. B. Berliner Kette-Handlung), welche bei den Käufern falsche Vorstellungen erwecken. —

— Der württembergische Landtag ist nach viermonatlicher Dauer verlegt worden. Die Einkommensteuer wurde mit 69 gegen 17 Stimmen angenommen. —

— Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Aus Gera schreibt man der „Frankf. Ztg.“: Wegen Majestätsbeleidigung wurden zwei Arbeiterinnen, die verheiratete Dettel in Debschwitz und die verheiratete Jakob in Luson, zu drei und zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Frauen hatten beim Verkauf von Kaiserbildern, bei dem sie zugegen waren, beleidigende Aeußerungen über den Kaiser gethan. —

Schweiz.

Bern, 1. Juli. Der Ständerath beendete heute die Verhandlungen über das Eisenbahn-Rückkaufs-Gesetz. Bundesrath Jemp erklärte, nach seiner Auffassung seien die materiellen Rückkaufbestimmungen der Konzeptionen weder durch das Rechnungsgezet noch durch das Rückkaufs-Gesetz geändert. Die Aufstellung der Grundzüge für die Berechnung des Rückkaufspreises sei in das freie Ermessen des Bundesgerichts gestellt, das diejenigen Gesetze zur Anwendung zu bringen beauftragt sei, welche es anwenden zu müssen glaubt. Der Ständerath nahm schließlich das Rückkaufs-Gesetz mit den veränderten im Laufe der Verhandlung beschlossenen Abänderungen mit 25 gegen 17 Stimmen an. — Der Nationalrath wird die Vorlage in der außerordentlichen September-Session beraten. —

Oesterreich-Ungarn.

— Zu einem eigenartigen Wahlkampfe rüstet die ungarische Sozialdemokratie. In Ungarn soll der Katholizismus auf antonomer Basis geregelt werden, und es wird zu diesem Behuf in nächster Zeit ein Kongreß in Budapest abgehalten werden. Die Abgeordneten zu diesem Kongreß werden durch die

Katholiken Ungarns gewählt, und da bei dieser Wahl jeder Majoranze Katholik stimmberichtig ist, so sollte bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal in Ungarn der Wille des Volkes — wenn auch diesmal bloß der Katholiken — zum Ausdruck gelangen. Ob es auch so sein wird, werden wir ja sehen. Die ungarische Parteiliste hat aus diesem Anlaß einen Aufmarsch an die Genossen gerichtet, in dem zur Betheiligung an dieser Wahl aufgefordert wird. Die Wahlparsolle soll sein: Verkäuflichkeit der Schulen und vollständige Fortrennung des Staates von der Kirche, damit die Mittel des Volkes nicht zu kirchlichen Zwecken vergeudet werden.

Die ungarischen Parteigenossen hoffen, daß Budapest nicht durch Grafen und Staatssekretäre, sondern durch sozialdemokratische Arbeiter vertreten sein wird. —

— Ueber die Lage des Feldarbeiter-Streiks im Nisid wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 30. Juni geschrieben:

Die Polizei konfiszirte heute in der Volks-Buchhandlung „Nepzava“ zehntausend Exemplare der vor kurzem in dritter Auflage erschienenen Broschüre „Die Sozialdemokraten kommen“. Die Broschüre ist nach der bekannten gleichnamigen deutschen Publikation von einem renommirten, in dem Labyrinth ungarischer Gesetzbücher bewanderten sozialistischen Schriftsteller noch ungarischer Auffassung umgearbeitet und fand unter den Landwirthen des Nisid schon seit Jahren eine ausgedehnte Verbreitung. Nicht interessant ist die Thatsache, daß die ersten zwei Auflagen Gnade vor den Augen des Gesetzes fanden. Herr Perczel, der geniale Oberpolizist Ungarns, sah jedoch mit seinem bewährten Detektivblick, daß es das beste Mittel gegen den Ausbruch der Guteschneider wäre, wenn er jetzt seine Hand auf eine ganze Auflage dieser Publikation legen könnte. Gesagt, gethan; die 10 000 Exste sollen bis zur Beendigung der Ernte unter Schloß und Riegel gehalten werden. Nachher werden sie wohl freigegeben, weil ja kein Wörtchen drin steht, das selbst den wildhesten ungarischen Staatsanwalt zu einer Klage stimmen könnte.

Indessen wird es unten im Nisid immer bunter und bunter. Entgegen den offiziellen Berichten, die fortwährend die „befriedigendsten“ Nachrichten bringen und bloß die Lage im Komitat Bacs-Bodrog als eine kritische bezeichnen, treffen von Stunde zu Stunde recht grelle Nachrichten vom Tiesland hier ein, die die Lage in einem ganz anderen Lichte erscheinen lassen. Aus dem Glogradter Gute des Markgrafen Pallavicini ist der Streik ausgebrochen. In Bacs wurden 120, in Szegvar 120, in Sarki 80 Arbeiter erwartet, die Verträge bezüglich der Arbeit abgeschlossen haben, ohne daß auch nur ein einziger erschienen wäre. Man schickte nach Stebenbürgen, um dortige Bahnarbeiter herbeizulieben; es kamen auch deren 80 herbei, die in Sarki um 1 fl. 50 kr. Tagelohn zu arbeiten begannen, aber während des ganzen gefrigen Tages kaum 6 Joch abmähren konnten. Die Glogradter und Puszta-Földvarer Befestigungen wollten in Nisidlet Arbeiter bringen, doch erbielten die letzteren geftern von den Droszhazajer Schmittlern Briefe, worin sie aufgefordert wurden, nicht in die Arbeit zu gehen, da dies sonst schlechte Folgen haben könnte. In der letzten Stunde verweigerten nun die Nisidlet die Arbeit und blieben zu Hause. Indessen geht Gendarmerie nach Nisidlet, um die Arbeiter mit Zwangsgewalt zur Arbeit zu bringen. In Nisidlet herrscht furchtbare Erregung. Die Polizei zwingt überall die Schmittler mit der brutalsten Zwangsgewalt zur Einhaltung ihrer Arbeitskontrakte. In Hod-Mezö-Vasarhely, wo eine Unmasse Militär und Gendarmerie konzentriert ist, herrscht augenblicklich Ruhe. Es ruht hier unter polizeilicher Bewachung gearbeitet; auf den Hüften ruhen in geringer Entfernung von einander Gendarmen mit aufgezacktem Gewehr, so daß die Schmittler zwischen Bajonetten die erzwungene Arbeit leisten müssen.

Im Bacs-Almaser Kreise herrscht eine furchtbare Erregung. Es streiken hier fünftausend Schmittler. Sie fordern nebst 1/3 Theil und einer erheblich reduzirten Arbeitszeit 2 bis 3 fl. Tagelohn. Die Grundbesitzer wollen natürlich nichts davon wissen. —

Frankreich.

Paris, 1. Juli. Die ersten Beschlüsse der parlamentarischen Untersuchungs-Kommission in der Panama-Affäre lassen die Panamisten das schlimmste befürchten: Aus Furcht vor der öffentlichen Meinung hatte die ministerielle Mehrheit den Vorschlag der Opposition annehmen müssen, die Kommission auf Grundlage der Proportionalvertretung aller Parteien zusammen zu setzen. Und siehe da, bei dem Proportionalverfahren wurde die ministerielle Kammermehrheit zu einer Kommissionsminorität. Dasselbe war übrigens der Fall auch in der vor drei Monaten auf gewöhnlichem Wege gewählten Kammerkommission zur Vorberatung der Verfolgungsanträge gegen die vier Abgeordneten. Die formelle Fraktionszugehörigkeit bezw. (bei den Wählern) das gewöhnliche politische Verhalten verliert eben in der Panama-Affäre den sonstigen Einfluß. So stehen denn in der neuen Panama-Kommission 18 oppositionelle, d. h. panamisten-feindliche Mitglieder 15 ministeriellen Mitgliedern gegenüber, wobei unter den letzteren die vier monarchistischen Vertreter wegen ihres ursprünglichen Verhaltens in der Panama-Affäre gezwungen sind, mit der radikal-sozialistischen Mehrheit zu stimmen.

Zum Vorsitzenden wurde der radikale Abg. Vallé gewählt, der gewissenhafte Berichterstatter der ersten freilich ohne Sanktion gebliebenen parlamentarischen Panama-Kommission (1892—1893), dessen dreibändiger Bericht kürzlich auf Beschluß der Kammer wieder abgedruckt wurde.

Gleich in der ersten Sitzung gab die Kommission den Entschluß kund, hürliche Arbeit zu thun. Die Vernehmungs- und Befreiungsanträge der Opportunisten wurden abgelehnt, und man beschloß, vom Justizminister sofort die Mittheilung der Akten sowohl der abgeschlossenen Akten wie der noch schwebenden gerichtlichen Panama-Untersuchung zu verlangen. Unter den verlangten Akten befindet sich auch ein bisher im Ministerium des Auswärtigen geheim gehaltenes Bündel über die Beziehungen Crispi's u. Cornélius Herz. Der Panamino-Staatsmann wird also auch in der Panama-Affäre einen Ehrenplatz einnehmen. Ferner wurde eine ständige Exekutiv-Abordnung von 8 Mitgliedern gewählt, welche mit allen außerhalb der Kommission vorzunehmenden Untersuchungsarbeiten beauftragt ist. Der Abordnung gehören die beiden sozialistischen Vertreter, Rouanet und Viviani an, die gleich in der ersten Sitzung eine energische und unflüchtige Initiative gezeigt haben. Genosse Rouanet ist übrigens sozusagen Primarum auf dem Gebiete der Panama-Affäre. Er hat darüber ein lehrreiches Buch geschrieben.

Die Aufgabe der Kommission ist zufolge des Kammerbeschlusses politisch-moralischer Natur. Es sollen die juristisch nicht fahrbaren bezw. geretteten panamistischen Parlamentarier und die räuberischen Panama-Unternehmer und -Spekulantent vor der Öffentlichkeit gebrandmarkt werden — kann man das aber erreichen, wenn die Kommission nicht mit bestimmten gerichtlichen Befugnissen, wie die zwangsweise Vorführung von Zeugen, deren Vernehmung und das Hausdurchsuchungsrecht, ausgerüstet ist? Diese Frage wird nachher zu entscheiden sein.

Felix Faure hat endlich die von ihm sehnlichst erwartete Einladung des Jaren erhalten. Das Parlament wird zu dem in der Verfassung nicht vorgesehenen Abwesenheit des Präsidenten aus Frankreich indirekt Stellung nehmen. Der Ministerrath hat nämlich beschlossen, vom Parlament das Vetum der Reisekosten im voraus zu verlangen. Nur die Sozialisten — und vielleicht auch einige Linkradikale — werden die Kredite ablehnen, wie sie die Kredite für den Jarenempfang abgelehnt haben. Genosse Faure's äußerte sich hierüber in einem Interview: „Wir werden dagegen stimmen, weil wir Herrn F. Faure's Reise nach Rußland als eine Befriedigung der beabsichtigten reaktionären und monarchischen Vermummung der Republik betrachten.“ —

Paris, 1. Juli. Die Deputirtenkammer nahm die letzten Artikel der Vorlage betreffend die Bank von Frankreich an, und lehnte mehrere Zusatzartikel ab. Der Deputirte Pelletan vertheidigt

einen Antrag, welcher die Bank verpflichten soll, der Regierung ihren Kassenbestand oder zum wenigsten ihre Emissionrechte und alle notwendigen Hilfsmittel für den Fall einer allgemeinen Mobilmachung zur Verfügung zu stellen. Ministerpräsident Meine entgegnet, daß die Einrichtung der Bank für alle Fälle ausreichend sein werde, ohne daß man nöthig hätte, auf unvorsehende Maßnahmen zurückzugreifen. Pelletan besteht auf seiner Forderung im Namen des Patriotismus. Der Ministerpräsident spricht darauf den Gegnern des Monopols Patriotismus ab, was auf der äußersten Linken große Unruhe und Widerspruch hervorruft. Hierauf wird der Antrag Pelletan mit 306 gegen 231 Stimmen abgelehnt, und alsdann das ganze Bankgesetz mit 409 gegen 97 Stimmen angenommen.

Paris, 2. Juli. Nach einem Uebereinkommen des Vorstehenden des Panama-Ausschusses fällt mit dem Justizminister Darlan wieder der Ausschuss morgen den Untersuchungsrichter De Poitevin vornehmen. Der Ausschuss hat bereits mit der Sichtung der übermittelten Aktenstücke begonnen.

Afrika.

— Krüger demissionirt nicht. Aus Pretoria wird gemeldet: Präsident Krüger hatte an den Volksraad die Anfrage gerichtet, ob derselbe durch die Ablehnung der Konzeption für eine elektrische Straßenbahn in Johannesburg einen Mangel an Vertrauen zu ihm, Krüger, habe zum Austritt bringen wollen. In seiner heutigen Sitzung nahm der Volksraad einen Beschlus an, dahin lautend, daß der betreffende Beschlus nicht auf diese Weise ausgelegt werden dürfe.

Parlamentarische.

Der Bundesrath überwiegt in seiner am Freitag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern, Staatsministers Grafen Dr. v. Posadowsky abgehaltenen Sitzung dem Reichskanzler die Resolutionen des Reichstages zu der Abänderungsentwurf der Gewerbeordnung, zu der Nachtragsvorlage zum Reichshandels-Gesetz 1897/98 und zum Gesetzentwurf über den Seewirtschafts- und die Klassenverteilung der Orte. Ferner wurde dem Ausschussbericht über den Handels- und Verkehrsvertrag mit dem Orange-Freistaat und den Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln die Zustimmung ertheilt. Schließlich wurden die Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete für 1894/95 bzw. 1895/96 nebst den Etatsüberschreitungen vorläufig genehmigt.

Partei-Nachrichten.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Celle in Hannover wurden in der Arbeiterklasse die sozialdemokratischen Kandidaten einstimmig und zwar mit 143 Stimmen gewählt; in der Unternehmerklasse die Kandidaten des Gewerbevereins und der Kaufmannschaft.

In Taglunden, einem Dorfe im Kreise Korkbrun in Baden, beschloß sich die Parteigenossen zum ersten Male selbstständig an der Gemeinderathswahl und hatten den Erfolg, daß ihr Kandidat, Genosse Georg Weber, gewählt wurde.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Aus Gera wird uns unterm 1. Juli geschrieben: Genosse Rajort, verantwortlicher Redakteur der „Neu-Pfälzischen Tribüne“, wurde heute wegen Verleumdung des verstorbenen Direktors A. von der Zebeln'schen höheren Lehrerschule vom Landgericht zu der harten Strafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurtheilt und wegen Rückwärtschlags sofort in Haft genommen. Die Verleumdung wurde gefunden in einem Artikel in Nr. 89 der „Neu-Pfälzischen Tribüne“ vom 11. März d. J., worin es hieß, der Abgang des Direktors habe sich unter sehr ungewöhnlichen Formen vollzogen und man meine in der Stadt, einige seiner Schülerinnen hätten es ihm angethan. Der Direktor A. hat sich, nachdem er Strafantrag gestellt und unser Genosse die Anklageschrift erhalten hatte, in seiner Wohnung erhängt. Die Anklage nahm an, daß A. mit der Schlussbemerkung eines Sittlichkeitsverbrechens beschuldigt worden sei, und sich das so zu Herzen genommen habe, daß er dem Verfolgungswahnsinn verfallen und in diesem Zustande zum Selbstmörder geworden sei. Gegen den Haftbefehl ist Beschwerde erhoben und für die Freilassung eine Kaution angeboten worden.

— In Kulmbach war unser Genosse Maurer Roth wegen seiner agitatorischen Thätigkeit durch den Bürgermeister Fleßa ausgewiesen worden, welche Maßregel die oberpfälzische Kreisregierung als zu Unrecht bestehend aufhob. Fleßa aber erklärte Roth damals: Vor dem Herbst kommen Sie mir nicht in die Stadt, ich ergreife Beschwerde. Vor einigen Tagen ließ nun der Bürgermeister, wie uns geschrieben wird, Roth zu sich beschleiden und erklärte ihm, er wolle seine Beschwerde zurückziehen. Wohl in der schönen Hoffnung, mit seiner Sozialistenbegeisterung nicht immer Pech zu haben, wünschte er die schriftliche Erklärung unseres Genossen, daß er sich künftig der sozialdemokratischen Agitation enthalten werde. Dann wollte der Herr Bürgermeister auch noch wissen, wer der Artikelverfasser sei, der ihn immer in der Zeitung „herumziehe“. Selbstverständlich ging Roth auf beide Wünsche nicht ein und am vergangenen Sonntag präsidirte er schon wieder einer Gewerkschaftsversammlung.

Die Neugefaltung der Regierung

und die damit im Zusammenhang stehende politische Situation wird in den Zeitungen naturgemäß lebhaft besprochen. Wir wollen einige charakteristische Stellen herausheben.

Die händlerische „Deutsche Tageszeitung“ ist guter Hoffnung, aber ziemlich zurückhaltend:

„Alles in allem können wir die Neuordnung der Dinge im Reich und in Preußen begrüßen, wenn wir auch keine überschwengliche Hoffnungen daran knüpfen und, durch die Erfahrung belehrt, es vorziehen, erst die Thaten abzuwarten und dann unser Urtheil abzugeben. Soviel indessen darf auch der Vorichtigste heute schon behaupten, daß die Neuernennungen und die anderweitige Vertheilung der Geschäfte im Zusammenhang stehen mit den jüngsten Neben seiner Majestät, in denen der Monarch seinen Willen, den Mittelstand zu schätzen und zu erhalten, klar und deutlich verkündet hat.“

Neulich die „Staatsbürger-Zeitung“:

„Wie man sieht, hat sich die Wandlung völlig in der von uns angegebenen Art und Weise vollzogen und wir können nur den Wunsch wiederholen, daß die Wirkung nun auch die erwartete sein werde, nämlich eine größere Stetigkeit und innere Einigkeit der Regierung und das Zusammenwirken aller Glieder im Sinne der Durchführung des vom Kaiser in Bielefeld ausgesprochenen Programms.“

Der sehr gemäßigste „Hamburgische Korrespondent“ sagt:

„Herr v. Bötticher muß trotz aller Verdienste geben, weil die innere Lage vor einer neuen Entwicklung steht. Seine Person ist ebenso wie Herr v. Marschall ein Gemeinplatz gewesen, um die Verbindung der Konservativen, Agrarier, Antifemiten, Bäcker mit der Regierung zu ermbalichen; im Lager der „Brodte“ konnte man es ihm nicht vergeben, daß er den Reichswagen weiterschieben half, als sein großer Meister Bismarck ging. Nun ist die Bahn frei. Nun rückt Graf Posadowsky vor und Dr. v. Miquel, der beschleiden im sicheren Port des preussischen Finanzministeriums sitzen bleibt, gewinnt von da an unter der Hand auf die Reichsvoß und das Reichsamt einen einfluss, den er in Reichsdingen bisher nicht gehabt hat. Miquel wird mit der Kraft seiner Persönlichkeit aus dem Amt machen, was ihm zu machen beliebt. Aber wir sind im Unklaren, ob er jetzt seine Zeit für gekommen erachtet. Noch ist Reichskanzler Fürst Hohenlohe — wie lange, ist freilich eine offene Frage. Und schließlich herrscht und regiert der Kaiser in Deutschland und Preußen; er ist sein eigener Kanzler und Minister, sein

Wille allein bestimmt die Regierungspolitik, zu deren Ausführung er nur Werkzeuge braucht. Daß er Deutschlands Größe und Glück will, daran zweifelt niemand. Aber er wählt zu seinen Zielen Wege, auf denen ihm zur Zeit die Mehrheit des Volkes nicht folgt. Und in diesem Zwiespalt liegt die Schwierigkeit und die Gefahr der inneren Lage, die auch die alten und die neuen Männer nicht heben werden.“

Ueber weitere Aussichten Miquel's sagt die „Tägliche Rundschau“:

„Herr v. Miquel hat zudem gegen den äußeren Ausdruck seines Einflusses sich stets ziemlich gleichgültig gezeigt, und wenn einer, so wird er mit dem Abblute der Kräfte zufrieden sein. Sein Einfluß ist geblieben und er wird in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums dafür sorgen, daß seine Einwirkungsmöglichkeit auf die Staatsgeschäfte seine geringere wird, als sie bisher war. Er ist auch weiter der kommende Mann, und man wird sich seiner erinnern, wenn ein anderes, größeres Erbe zu vergeben ist, als das des Herrn v. Bötticher.“

Ueber Herrn v. Posadowsky bemerkt die „Berliner Zeitung“:

„Die politischen und wirtschaftspolitischen Anschauungen des Grafen Posadowsky-Wehner passen in den allernachsten Kreis der hiesigen hiesigen. War der Graf bisher schon an aller realistischen Regierungspolitik schaffend betheilig, hat er seinen „guten Willen“, dem Volke mehr Steuern aufzubringen, mehrfach bewährt, so kann überdies gesagt werden, daß er bestrebt war, den Junkern noch weiter entgegenzukommen, als selbst die bisherige Regierung in ihrer Gemüthsart. Er war es, der zum allgemeinen Staunen vom Tisch des Bundesraths herab die Politik der Handelsverträge als revisionbedürftig hinstellte, und auf allen Seiten des Reichstages hatte man die Empfindung, daß mit diesem Vorstoß sich eine Art von Umkehr ankündigte, eine Umkehr von der freieren Anschauung in wirtschaftspolitischen Hinsicht, wie sie in der Handelsvertragspolitik sich geäußert war, zu der „unentwegten“ Rechtgläubigkeit der nackten juristischen Agrarwirtschaft. Nun, Herr v. Marschall, der sähige und nachdrückliche Verfechter der Handelsverträge ist gegangen; Graf Posadowsky-Wehner bleibt nicht nur, sondern steigt empork; „der alte Kurs“ ist Trampel.“

Die „National-Zeitung“ schreibt:

„Die Minister v. Marschall und v. Bötticher, jeder in seiner Art einer der stärksten Kräfte der Reichsregierung, sind ausgeschieden. Die bloße Versicherung des Grafen Posadowsky in ein wichtigeres Amt ist keine Verhärterung. Ob die Ernennung des Staatssekretärs Tirpitz eine solche im Vergleich mit der Vertretung des Marine-Vicars durch Herrn Hollmann bedeutet, das kann zunächst niemand beurtheilen, und ebenso wenig den Kraftschwung, welchen die Ernennung des Herrn v. Söllow zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes etwa der Regierung für die Lösung ihrer allgemeinen Aufgaben bringen wird. Die Verluste sind offenbar, der Erfolg ist theils unsicher, theils ist schon jetzt klar, daß ein solcher bei der gegenwärtig zur Erörterung stehenden Regierungskombination nicht statufindbar.“

Die „Vossische Zeitung“ erwartet scharfe politische Kämpfe:

„Der „Kron der Marine“ ist da; der Tanz kann beginnen. Zivildienst und die Umstrukturierung militärischer Verhältnisse begründen die Morgenröthe einer besseren Zeit: „Nun muß sich alles, alles wenden!“ Vielleicht wird Graf Wirbich noch Staatssekretär und Graf Konig Handelsminister und Herr v. Bismarck Landwirtschaftsminister. Und niemand verdient eher unter dem allernachsten Kurs Nachfolger des Fürsten Hohenlohe zu werden, als der Stärkste der Starren, als König Stamm.“

Die deutsche Nation aber wird mit erhöhter Regsamkeit an die Vorbereitung der Wahlen gehen. Sein Schicksal schafft sich selbst das Volk.“

Die Ernennung Bobbielski's berührt fast allenthalben — angenommen nur die nur-regierungsfreundliche Presse — unangenehm. So sagt die „Köln. Ztg.“:

„Das freilich kann, ganz abgesehen von der Person des Generals v. Bobbielski, nicht verhehlt werden, daß weit über den Kreis der Post- und Telegraphenbeamten hinaus die Thatsache, daß nur ein Nichtschmann, ein Außenstehender als Nachfolger v. Stephans in Betracht kommen konnte, als mit dem Gedächtnis an den hochverdienten ersten deutschen Generalpostmeister schwer verdaulich empfunden werden wird. Wer Stephan gekannt hat, der weiß, daß er im Gedenken an seine eigene Laufbahn einen besonderen Stolz darenin setzte, allen seinen tüchtigen und gebildeten Postbeamten das Gefühl und das Vertrauen beizubringen, daß sie den Feldmarschallstab, die Anwartschaft auf die höchsten Stellen in der Post- und Telegraphenverwaltung mit sich trügen. Demgemäß hatte er der allgemein wissenschaftlichen Ausbildung der höheren Beamten neben der rein sachlichen und sprachlichen Entwicklung die höchste Bedeutung beigelegt, und deshalb hatte er bei der Wahl aller höchsten Beamten stets sorgfältig im Auge, daß sie nach jeder Hinsicht den weitgehenden Anforderungen entsprachen. Stephan selbst hatte mehrere hohe Beamte für seine etwaige Nachfolgerschaft längst ins Auge genommen. Jetzt, nach seinem am 8. April erfolgten Tode, wird ihm über das Grab hinaus bescheinigt, daß alle diese Mühen und Bestrebungen ergebnislos gewesen sind, daß unter allen Oberpostdirektoren und Beamten der Zentralstelle nicht ein einziger ist, der fähig wäre, die verantwortliche oberste Leitung zu übernehmen.“

Aber auch noch nach einer andern Hinsicht ist die jetzige Ernennung beachtend. Der neue Reichs-Postmeister ist seit 1898 konservativer Reichstags-Abgeordneter gewesen, er gilt als Gesinnungsgenosse des bisherigen Führers der Reichstags-Fraktion, des Herrn v. Mantensfel. Wir müssen dabei allerdings anerkennen, daß sich Herr v. Bobbielski persönlich zurückgehalten hat, insofern er nicht zu leugnen, daß es einen im hohen Grade eigentümlichen und peinlichen Eindruck hervorruft, daß gerade aus diesem parlamentarischen Lager ein neuer Stellvertreter des Fürsten Hohenlohe für das Reichs-Postamt gewonnen wird.“

Auf die wachsende Zustimmung in Süddeutschland weist die „Germania“ hin:

„Das Urtheil süddeutscher Blätter ist für die Stimmung in Süddeutschland sehr kennzeichnend. Die reichstreuen Blätter, vom gemäßigten Liberalismus bis tief in die Reihen der Konservativen hinein, beklagen den Rücktritt dieses tüchtigen und christlichen Staatsmannes (Marschall's), „Babische Landpost“, „Schwab. Merkur“, „Straßb. Post“, „M. N. Nachr.“ geben diesen Gesichten unumwundenen Ausdruck, denen ja auch vereinzelte konservative Blätter in Norddeutschland wie der „Reichsbote“ Worte geliehen haben. Treit der preussische Partikularismus unter der Führung des Grafen Landung-Stirum mit seinem Gesolge aus Oelbienen und Puttkamerum mit solcher Dreistigkeit als Hüter der alten preussischen Traditionen auch in Reichsangelegenheiten auf, verfolgt er einen hervorragenden Leiter eines Reichsamts, dessen diplomatische Befähigung öffentlich, wenn auch widerwillig anerkannt werden mußte, mit dem Vorwurfe, daß er als Waise der alten preussischen Traditionen nicht kenne und zu wahren wisse, dann soll man sich auch nicht darüber wundern, wenn jetzt der süddeutsche Partikularismus wieder schärfer in die Erscheinung tritt. Die preussische Regierung hat trotz Abtraten des Fürsten Hohenlohe und des Freiherrn v. Marschall missammt den Konservativen durch die Vereinsgesetz-Novelle der Kompetenz des Reiches in der Gesetzgebung für das Vereins- und Versammlungsrecht eine Richtung gegeben, die selbst Fürst Bismarck in den „Somb. Nachr.“ als sehr bedenklich bezeichnet hat. Was wollen denn die preussischen Puttkamerum machen, wenn die süddeutschen und mitteldeutschen Bundesstaaten in anderen Dingen der Kompetenz des Reiches und der Reichs-Gesetzgebung vorgreifen? Heute mir, morgen Dir!“

Die „Kölnische Volkszeitung“ sagt:

„Aber immer allgemeiner setzt sich im deutschen Volke die Meinung fest, daß das Ende nicht heiter sein wird. Und wir halten dafür, daß diejenigen Personen und Parteien auf die Dauer

am besten fahren werden, welche ihre Geschicke möglichst wenig mit dem verknüpfen, was gerade neuer Kurs ist. Darum will uns auch von den bisherigen Besarten über Herrn v. Miquel's stille Entfaltung derjenige am plausibelsten erscheinen, wonach dieser viel-erfahrenen Odyseus unsere Zustände schon für so zerfahren und unsicher hält, daß er sich nicht mehr getraut, dieselben zu beherrschen, sondern sich vorzeitig abzumachen fürchtet.“

Zeit-Weihenfelder Bergarbeiter-Streik.

Unser Korrespondent schreibt: Am Donnerstag Nachmittag wurde in Zeuchern eine Protestversammlung abgehalten, die wohl die am stärksten besuchte der ganzen Bewegung war. Ueber 800 Personen hörten den Vortrag des Bergmanns Bonack an, der nach einem Situationsbericht auf die Mahregulierung der drei Kameraden zu sprechen kam. Allgemeine Entrüstung zog durch die Menge. Ziel der Gemahregelten ermahnten zur Besonnenheit. Sie sprachen sich auch gegen eine Resolution aus, die die Wiederaufnahme der Arbeit von der Einstellung der Gemahregelten abhängig machen wollte, und forderten auf, ruhig abzuwarten, bis alles geregelt sei. Sie seien nicht verlassen, sondern hoffen, daß sie von ihren Kameraden unterstützt würden, wenn sie etwas Anderes ergreifen müßten, um sich durchzuschlagen. (Stürmische Zustimmung.) Sodann wurde mitgeteilt, daß am Freitag Vormittag endlich eine Verhandlung zwischen den Bergarbeitern und dem Landrath v. Richter stattfinden würde. Man erwartet hier von der Entscheidung. Am Freitag Abend, Samstag und Sonntag sind Versammlungen, wo über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandelt werden soll. Am Montag hofft man allgemein, zur Arbeit zurückkehren zu können.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Pater Mobilit. Sonntag, den 4. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft (Morgensprache) im Restaurant Berner Wesselsstr. 60.

Deutsches Reich.

Ein neuer Schatzung des Unternehmertums. Sechs Maurermeister in Altenburg haben, wie der „Grundstein“ meldet, gegen zehn Maurergesellen, die den kürzlich (durch Vergleich) beendeten Streit leiteten, Klage erhoben wegen Schadensersatz. Den Streikenden war es nämlich gelungen, 24 Maurer aus Deutsch-Krauswau (Schlesien), die die Unternehmer mit einem Kostenaufwand von 521 Mark 49 Pfennige nach Altenburg zwecks Streikbruchs geschickt hatten, wieder zur Arbeit zu bewegen. Nun wollen die Meister den größeren Theil ihres gehaltenen Aufwandes, 300 M., von der Streikleitung ersetzt haben. Der Rechtsanwalt der Kläger unterstreift, daß die schlechtesten Maurer von der Streikkommission genöthigt worden seien, dem Verträge zuwider die Arbeit überhaupt nicht zu beginnen, vielmehr Altenburg alsbald wieder zu verlassen, ohne auch nur die von den Klägern verlegten Hahnen zu erhalten. Die Beklagten seien deshalb, und zwar als Gesamtschuldner, verpflichtet, den durch ihr rechtswidriges Verhalten den Klägern erwachsenen Schaden diesen zu ersetzen. Der Klageschrift ist der „Vertrag“ zwischen den schlesischen Maurern und den hiesigen Unternehmern beigelegt. In dem Schriftstück verpflichteten sich die Maurer, bis zum Herbst in Altenburg zu arbeiten, für Stundenlöhne von 33 bis 34 Pf. bei eiskündiger Arbeitszeit. Pro Woche sollten sie 2 M. des für sie verlegten Reisegeldes zurückgeben.

Bei dieser Gelegenheit erinnert der „Grundstein“ an folgendes Vorkommniß beim Hiesigen Maurerstreik. Dort hatten die Unternehmer circa 70 Maurer ac. von auswärts herbeigeschafft. Der Streikkommission gelang es aber, fast die ganze Zahl der Zugewogenen am Tage nach ihrer Ankunft zur Abreise zu bewegen. Um die Legitimationspapiere der Zugewogenen zu erhalten, mußte die Streikkommission auf Veranlassung des Polizeikommissars etwas über 500 M. bei der Polizei deponiren, zur Schadloshaltung der Unternehmer. Am Intervention durch ihren Rechtsanwalt kam aber die Streikkommission nach wenigen Tagen zu ihrem Ziele, ohne daß die Unternehmer weitere Schritte gehen haben, zu einem Schadenersatz zu gelangen.

Das Protokoll der 12. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer Deutschlands, die vom 20. bis 24. April in Halberstadt abgehalten wurde, ist erschienen.

Aus Stettin wird uns geschrieben: Der Tischlerstreik scheint in ein neues Stadium zu treten. Dieselben Herren vom Arbeitgeber-Verband, die bis zur jüngsten Zeit jede Unterhandlung ablehnten und sogar beschloffen hatten, keinen der streikenden Gesellen wieder einzustellen, haben am Dienstag eine Gelegenheit wahrgenommen, die Ansicht der Streikenden zu hören. Der Generalstreik Rall vom Hiesigen Zimmerer-Gewerkschaftsverein hatte mit einem streikenden Gesellen, der im Streikmittels sich und Stimme hat, es versucht, mit dem Arbeitgeber-Verband Unterhandlungen anzuknüpfen. Infolge dessen erhielt auch die Lohnkommission Einladung zu einer Preisprechung. Bei dieser wurde vom Vorsitzenden des Arbeitgeber-Verbandes betont, daß die Verhandlung als offiziell nicht zu betrachten ist, man wolle einfach mal die Ansicht der Gesellen hören. Er läßt mittheilen, daß der Beschluß, streikende Gesellen nicht wieder einzustellen, schon wieder aufgehoben sei. Auch wäre man geneigt, Montag eine Stunde weniger arbeiten zu lassen und den 1898er Tarif streng innezuhalten. Die Vertreter der Lohnkommission erklärten, ebenfalls keine bindende Antwort geben zu können; von der Verlängerung der Arbeitszeit und den übrigen Forderungen würden sie jetzt nicht mehr abgeben.

Nach dem letzten Bericht haben schon wieder 6 Meister vom Arbeitgeber-Verband die Forderung bewilligt. Es sind für diese Woche 108 Verheirathete mit 178 Kindern und 36 Ledige zu unterstützen.

Die Situation ist günstig und wenn jetzt mehr denn je der Zugang ferngehalten wird, so ist Aussicht vorhanden, daß der Streik doch noch zu gunsten der Gesellen beendet wird.

In Kiel streiken sämtliche Arbeiter der Eisengießerei der Kieler Schiffsverft.

In Gera ist die Aussperrung der Weber der Halpertschen Teppichfabrik vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt durch Vergleich beendet worden.

Die Former in Jenkuroda in Neuh. a. E. stehen in einer Lohnbewegung und erzuken deshalb die Frachgenossen um moralische Unterstützung.

Ausland.

Ueber die Aussperrung der Maschinenarbeiter Täuermars wird uns geschrieben: Den Formern und anderen Arbeitern einiger Fabriken ist unter Androhung der Entlassung verboten worden, Beiträge für die ausgeschlossenen Schmiede- und Maschinenarbeiter zu spenden. Die Arbeiter haben natürlich diesen Eingriff in die freie Verwendung ihrer Einkünfte mit Protest zurückgewiesen und wird daher der Lohnkampf immer weitere Kreise ziehen. Für die Motive des Kampfes ist es charakteristisch, daß der Verband der Hufbeschlag-Schmiedemeister, der ebenfalls der Aussperrung beirat, erklärt hat, man entlasse die Arbeiter nicht nur, um den Maschinenfabrikanten zu helfen, sondern weil man die Gelegenheit benutzen wolle, den Lohn der Grobschmiede wieder herabzusetzen.

In Bordeaux in Frankreich streiken fast sämtliche Arbeiter der Schiffsverft der Gironde-Kompanie, der der Bau von zwei Kreuzern übertragen worden ist. Die Werfte beschäftigten ca. 1000 Personen.

Der sechste Jahreskongress des Verbandes der französischen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen wurde am 30. Juni in der Pariser Arbeitshaus eröffnet. Von den 59 Delegirten vertreten 33 die 21 Sektionen auf ebenso vielen Staatsfabriken

Für die Beteiligung an den Landtagswahlen

hat sich, wie bereits mitgeteilt, Eduard Bernstein, der schon 1893 diese Frage angeregt hatte, von neuem ausführlich in der „Neuen Zeit“ ausgesprochen. Obwohl unseren Lesern vielfach die „Neue Zeit“ selbst zugänglich ist, glauben wir doch die wichtigsten Ausführungen wiedergeben zu sollen, um einen vollen Ueberblick der in der Partei austretenden Ansichten in unseren Spalten zu bieten.

Nachdem Bernstein einige allgemeine Betrachtungen angestellt und sich mit der Schwierigkeit des Wahlverfahrens beschäftigt hat, fährt er fort:

Da begegnet uns zunächst der alte Ladenhüter, wonach die Wahlbeteiligung den Wahlkompromiß zur Folge haben werde, dieser aber politischer Schacher und daher als korruptierend zu verwerfen sei.

Gieb dem Hund einen schlechten Namen, wenn du ihn tödten willst, sagt der Engländer. Wann werden wir ein Spiel mit Worten aufgeben, daß statt die Köpfe anzufüllen, sie nur verwirren kann? Wenn jeder Kompromiß, wenn jede Anwendung des do ut des in der Politik verwerflicher Schacher ist, dann hat die deutsche Sozialdemokratie eine Unzahl von Schachergeschäften auf ihrem Korbbolz. Ein Liebtrecht müßte auf eine der erfolgreichsten Parteien seines politischen Wirkens mit dem Gefühl tiefer Scham zurückblicken, denn was hat er in Sachsen von 1865 bis 1869 anderes getrieben, als den politischen Kompromiß?

Als praktische Politiker wollten wir auch politische Erfolge haben,“ schreibt er im Vorwort zur Renaissancetabelle des „Leipziger Hochverrats-Projekts“, „und zu diesem Zwecke mußten wir uns eine Nachtstellung sichern. Wir waren deshalb genötigt, an die tatsächlichen Verhältnisse anzuknüpfen und die vorhandenen Strömungen, soweit sie uns unserm Ziele näher bringen konnten, zu benutzen. Der Feind war das System, welches für den Augenblick in der Person Bismarck sich verkörperte. Die Feinde dieses Mannes und Systems waren bis zu einem gewissen Grade unsere „natürlichen Bundesgenossen“, deren man sich nur richtig bedienen mußte. Solche „Bündnisse“ und „Verhältnisse“ sind in der praktischen Politik unvermeidlich. Und unter verständigen Menschen sind sie auch durchaus ehrlich. Man geht zusammen, so lange es nützlich, und trennt sich, sobald die Bedingungen des Zusammengehens erfüllt oder nicht mehr vorhanden sind. Natürlich darf man sich nicht überbieten lassen.“ („Hochverrats-Projekt“, S. 27/28).

Genau, und ebenso wenig darf der Kompromiß lediglich unter dem Gesichtswinkel des Augenblickserfolges beurteilt werden. Ein Kompromiß, der nur um momentanen Vortheile willen unter Preisgebung wichtiger Allgemeininteressen abgeschlossen wird, wäre in der That ein sehr verwerfliches, korruptierendes Schachergeschäft. Das Mittel muß über den kleinen, nächsten Zweck hinaus mit dem großen, allgemeinen Zweck des Politikers in Einklang stehen. Das unterscheidet den anständigen vom gesinnungslosen Kompromiß.

Ein anderer Einwand erklärt durch eine Beteiligung an der Landtagswahl und Unterstützung der Freisinnigen die politische Erziehung der Massen für bedroht. Wir würden unsere Wähler verwirren, wenn wir ihnen plötzlich zumuteten, für Leute zu stimmen, die wir ihnen bisher als ihre größten Feinde geschilbert haben. Aber das würde dann auch für unser Verhalten der Stichwahlen zum Reichstage gelten müssen, während dasselbe thätiglich sich als eines der wirksamsten politischen Erziehungsmittel bewährt hat. Der heutige Arbeiter ist vielleicht nicht der Unbegriff politischer, philosophischer, künstlerischer u. Unfähigkeit, als den man ihn bei anderen Gelegenheiten gern hinstellt, aber so viel Ehrgeiz hat er denn doch noch, zwischen Gegnern zu unterscheiden und versuchen zu können, daß einer Partei bei der Wahl unter bestimmten Bedingungen seine Stimme geben, sich ihr nicht mit Haut und Haar verkaufen heißt.

bleibt also die Frage des Wahlerfolges. In Aussicht vorhanden, daß das Ergebnis die Aufwendungen an Opfern aller Art lohnt?

Hier haben wir zwei Dinge aneinander zu halten: die Mandatsgewinnung und die Beeinflussung der allgemeinen politischen Situation. Soviel sich bis jetzt übersehen läßt, legt die Masse der Genossen, die sich für die Beteiligung ausgesprochen haben, den Hauptton auf den letzteren Punkt. Durchaus mit recht, aber auch der Werth der Gewinnung von Landtagsmandaten für die Sozialdemokratie ist nicht zu unterschätzen. Die Abtretung von Mandaten an die Partei ist der Prämissen für die Ehrlichkeit derjenigen, die sich um ihre Stimmen bewerben. Wer wirklich Gegner des Dreiklassen-Wahlrechts ist, muß bereit sein, eine seiner ärgsten Ungerechtigkeiten gutzumachen, und ich glaube, die Freisinnigen sind genügend durch die Schule der Widerwärtigkeit gegangen, um dies gelernt zu haben. Namentlich wo sie vor der Entscheidung stehen, konservativen Agrariern das Feld zu räumen oder der Sozialdemokratie ein Mandat abzutreten, ist es nicht wahrhaftig, daß sie das erstere vorziehen werden. Es müßte ein sehr taktlos geführter Wahlkampf vorangegangen sein, wenn bei der heutigen Sachlage die Links-Freisinnigen die Wahl von Konservativen als das kleinere Uebel betrachten sollten.

Wie steht nun im allgemeinen die Wahlkonjunktur? Der preussische Landtag zählt 433 Abgeordnete, die in 256 Wahlkreisen gewählt werden. 105 Wahlkreise, in ihrer Mehrheit den neu-preussischen Provinzen (Hannover, Nassau, Schleswig-Holstein) angehörend, wählen je einen, 125 je zwei und 26 je drei Abgeordnete. Von diesen 433 Landtagsmitgliedern haben die beiden Parteien des preussischen Junkerthums, die konservative und die freikonservative Partei, nahezu die Hälfte inne. Auf einer mir vorliegenden offiziellen Liste, die seitdem nur ganz unwesentliche Änderungen erfahren hat, sind die Konservativen mit 189, die Freikonservativen mit 62 Abgeordneten verzeichnet. Die Nationalliberalen haben 87, das Zentrum 94, die Polen 18, die beiden freisinnigen Parteien zusammen 19 Mandate, 9 Abgeordnete waren „wild“ und 5 Mandate waren erledigt. Ueber 200 Stützen der Junkerherrschaft und dazu 87 Nationalliberale, von denen ein Theil noch reaktionär genug ist! Wie 1849 die Demokratie durch ihre Wahlenthaltung „nur der Regierung einen Gefallen erwies“ (Bebel, Die Sozialdemokratie und das allgemeine Stimmrecht“, S. 12), so hat 1893 die — übrigens noch viel stärkere — Wahlenthaltung der Die schwächste Wahlbeteiligung fand im Jahre 1855 statt, wo die entsprechenden Ziffern 39,6, 27,2 und 12,7 pCt. waren. Das Resultat dieser grandiosen Wahlenthaltung war die famose „Landraths-Kammer“, die die gutsherrliche Polizeigewalt in Preußen wiederherstellte, die Richter unter ein reaktionäres Disziplinargesetz stellte und noch in mancherlei Weise die Junker- und Bureaucratenherrschaft kräftigte. Der 1849 gewählten Kammer verdankt das preussische Volk u. a. sein Versammlungsgefeht, radikalere Wähler die Wirkung gehabt, einer schönen Kombination von Landraths- und Landwirthskammer zum Dasein zu verhelfen. 1893 sind nämlich nicht weniger als 174 Großgrundbesitzer und sonstige „Landwirthe“ und 62 Land- und Regierungsräthe in die Kammer gewählt worden, so daß diese beiden Berufskategorien mit 236 Sitzen die Mehrheit der Abgeordneten bilden, wozu dann noch 53 staatliche Justizbeamte kommen.

Bei der außerordentlich geringen Wahlbeteiligung von 1893 geben die Wahlziffern jenes Jahres nur ein sehr schwaches Bild von dem, was eine Theilnahme der Sozialdemokratie an der Landtagswahl bei der heutigen Sachlage auszurichten vermöchte. Nehmen wir z. B. die Wahlkreise Ober- und Niederbarnim bei Berlin, die

zusammen einen Landtags-Wahlbezirk bilden, der drei Vertreter ernannt. Er wählte 1893 drei Konservative mit durchschnittlich 731 Stimmen (jeder Wahlmann hat so viel Stimmen, wie der Wahlbezirk Abgeordnete wählt), während ein ihnen entgegengehaltener Freisinniger nur 205 Stimmen erzielte. Darnach würde man auf den ersten Blick folgern, daß eine Beteiligung der Sozialdemokraten hier zwecklos wäre; selbst wenn die Sozialdemokraten den Konservativen 200 Wahlmänner nähmen, wäre deren Mehrheit noch groß genug, Sozialdemokraten plus Freisinnige zu schlagen. Vergleicht man nun aber damit das Stimmresultat bei der Reichstagswahl 1893, so ergibt sich ein durchaus anderes Bild des Stärkeverhältnisses der Parteien.

Es erhielten 1893 Stimmen im ersten Wahlgang:

Die Konservativen bezw.	In Oberbarnim	In Niederbarnim
Reichspartei	6853	11 005
Die Freisinnigen	4209	5 728
Die Sozialdemokraten	4254	17 044
Die Antisemiten	—	2 784

Nehmen wir die Antisemiten zu den Konservativen, so kommen auf Freisinn plus Sozialisten 29 833 antikonserervative gegen 20 496 konservative Stimmen. Man wird nun nicht fehlgehen, wenn man einen großen oder selbst den größten Theil der freisinnigen Wähler in der zweiten Wählerklasse sucht. Gehen die Freisinnigen mit derjenigen Kampflust in den Wahlkampf, die das ihnen 1893 gänglich fehlende Gefühl von der Möglichkeit eines Erfolgs zu verleihen pflegt, so ist es angesichts der Reichstagsziffern durchaus nicht ausgeschlossen, daß Freisinnige einer und Sozialdemokraten andererseits genügend Wahlmänner aufbringen, um, wenn sie zusammengehen, die drei Konservativen aus dem Felde zu schlagen. Wenn sie zusammen vorgehen, resp. wenn sie sich verdingen — es ist ein großes Wenn, und das Verhalten der Freisinnigen bei den Stichwahlen, die in beiden Wahlkreisen 1893 nötig wurden, läßt einen gewissen Skeptizismus als leicht begreiflich erscheinen. Immerhin erhält in Oberbarnim der Konservative bei der Stichwahl nur 1750, der Sozialdemokrat dagegen 2200 Stimmen Zuwachs, so daß man annehmen kann, daß mindestens ein Theil der 4209 Freisinnigen für den Sozialdemokraten stimmten, und sicher ist, daß die Mehrheit der freisinnigen Wähler nicht dem Reichsparteiler zuzuf. Bei der inzwischen eingetretenen Stimmung der bürgerlichen Wählerklasse ist aber heute in dieser Hinsicht keine Verbesserung zu erwarten.

Ähnlich steht es in noch vielen anderen Wahlkreisen, die bei oberflächlicher Durchsicht der Zahlen als hoffnungslos den Konservativen verfallen erscheinen. Es fehlt aber auch nicht an solchen Wahlkreisen, wo schon der Uebergang einer geringen Zahl von Wahlmännern aus dem konservativen ins antikonserervative Lager genügt, die Koalition Landwirth plus Landrath aus dem Sattel zu heben. So würde im Wahlbezirk Westhavelland z. B. das Abweichen von 30 Wahlmännern von der rechten auf die linke Seite genügen, der Junkerkoalition drei Siege abwendig zu machen.

Ich lasse nun hier eine Liste von Landtags-Wahlbezirken folgen, bei denen unter den im Vorstehenden entwickelten Voraussetzungen ein Eingreifen der Sozialdemokratie eine Verdrängung der Vertretung von rechts nach links als wohl möglich erscheinen läßt. Die Liste ist aber durchaus nicht vollständig, sie läßt unter anderem alle Einzelwahlkreise aus, obwohl die Partei, wenn sie den Wahlkampf aufnimmt, vor denselben nicht Halt machen wird und hier gleichfalls oft das Uebel dazu bringen kann, nach der anderen Seite zu schwingen. Ebenso fehlen alle Wahlkreise, wo es sich um Konervative oder Nationalliberale gegen Zentrum, Polen z., oder um Freisinnige gegen Zentrum handelt, oder endlich diejenigen Kreise, wo nicht anzunehmen ist, daß unsere Genossen eine so nennenswerthe Zahl von Wahlmännern aus eigener Kraft aufbringen, um bei der Wahl der Abgeordneten ein entscheidendes Wort mitzusprechen und anderes mehr. Die Liste soll nur einen flüchtigen Ueberblick über eine Anzahl solcher Wahlbezirke mit zwei oder drei Abgeordneten geben, wo Aussicht vorhanden ist, daß die Wahlmänner der Sozialdemokratie bisher konservative und national-liberale Wahlbezirke in freisinnig-demokratische verwandeln.

Die Liste ist so angeordnet, daß zuerst der Name des Wahlkreises steht mit der Zahl der überhaupt gewählten Wahlmänner. Die Angabe dieser Zahl ist nötig, weil vielfach die Wahlmänner der Minorität, nachdem die Urwahl schon die Aussichtslosigkeit ihrer Kandidaten ergeben, gar nicht zur Wahl der Abgeordneten erschienen sind. Neben den Namen des Wahlbezirks stehen die Zahlen der Wahlmännerstimmen, die die gewählten Abgeordneten erhalten haben, dann Zahlen der Stimmen, welche zusammen für Gegenparteien abgegeben wurden, sowie schließlich die Zahlen der Stimmen, welche die Sozialdemokratie 1893 in den entsprechenden Reichstags-Wahlkreisen erhalten hat, wobei den Unterchieden in der Abgrenzung oder Zusammenlegung der Bezirke nach Möglichkeit Rechnung getragen wurde. Leider erkundete die mir vorliegenden Tabellen nur die Angabe der Parteistellung der gewählten Abgeordneten; für die der unterlegenen Kandidaten ist der Leser meist aus den Rathen angewiesen, was indes nicht allzu schwer ist. Wo in den hier aufgeführten Bezirken Konservative oder Nationalliberale gewählt wurden, haben wir ihre Gegner fast immer in einer der freisinnigen Gruppen zu suchen.

Für die Parteien sind in unserer Liste dieselben Abkürzungen gebraucht, die in allen statistischen Aufstellungen üblich sind und daher leicht verstanden werden. Die Reichstagswahl-Zahlen beziehen sich überall auf den ersten Wahlgang.

Wahlziffern aus der Landtagswahl von 1893 in Preußen.

Wahlbezirke und Zahl der gewählten Wahlmänner	Wahlmännerstimmen und Partei-Stellung der Siegerischen Kandidaten	Wahlmännerstimmen der unterlegenen Kandidaten	Zahl der 1893 in den entsprechenden Reichstags-Wahlkreisen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen
Memel-Bezirk	220 K.	157	1805
366 Wahlmänner.	241 K.	98	
Rdnigsberg Stadt	554 NL.	457	10988
Land	551 NL.	428	4400
1013 Wahlmänner.	525 NL.	371	
Elbing Stadt u. Land u. Marienburg	816 K.	198	8764
513 Wahlmänner.	315 K.	104	
Oberbarnim und Niederbarnim	741 K.	205	21298
369 Wahlmänner.	738 K.	718 K.	
Westhavelland, Brandenburg und Zauche-Belzig	860 K.	256	7712
636 Wahlmänner.	848 K.	261	+
	358 K.	245	2300
Jüterbog-Zuckenwalde	144 FK.	103	5400
254 Wahlmänner.			
Teltow-Weeslow-Storkow	728 K.	498	81424
1281 Wahlmänner.	707 K.	451	
Frankfurt a. O.-Lebus	293 K.	257	9122
548 Wahlmänner.	296 FK.	294	
Guben-Soran	372 NL.	299	8107
689 Wahlmänner.	374 FK.	278	7012
Kottbus-Premberg-Kalan	427 K.	171	6452
624 Wahlmänner.	423 K.		8868
Radow-Greifenhagen	508 K.		10508
600 Wahlmänner.	510 K.		
Landkreis Breslau-Rumau	370 K.	98	5148
488 Wahlmänner.	365 K.	18	

1 Bildet mit Zauche-Belzig einen Reichstags-Wahlkreis.

Wahlbezirke und Zahl der gewählten Wahlmänner	Wahlmännerstimmen und Partei-Stellung der Siegerischen Kandidaten	Wahlmännerstimmen der unterlegenen Kandidaten	Zahl der 1893 in den entsprechenden Reichstags-Wahlkreisen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen
Waldenburg-Reichenbach	516 FK.	165	11886
709 Wahlmänner.	513 FK.	118	8000
	474 K.	117	
Oblan-Brigg	282 K.	142	1875
429 Wahlmänner.	284 K.	134	1741
Ratibor	259 K.	208	6359
475 Wahlmänner.	255 K.	206	
Sonnen-Begnitz	304 K.	212	6053
525 Wahlmänner.	304 K.	195	
Hirschberg-Schönan	230 FK.	110	1871
345 Wahlmänner.	228 FK.	109	
Gröblich-Laubau	443 FK.	221	7598
675 Wahlmänner.	431 NL.		
	428 FK. (7)		
Magdeburg	637 NL.	30	10683
716 Wahlmänner.	617 NL.	25	
Halberstadt-Dieckleben-Bernigerohe	843 NL.	213	9581
574 Wahlmänner.	895 NL.		
Halle a. d. Saale	402 FK.	253	12991
680 Wahlmänner.	433 NL.	185	
Reippenfeld-Naumburg-Zeitz	485 K.	103	11716
621 Wahlmänner.	494 NL.		
Hannover Stadt	452 NL.	98	9192
612 Wahlmänner.	426 NL.	66	
Hagen i. W.	288 NL.	279	6914
565 Wahlmänner.	283 NL.	279	
Altona-Herlaken	432 NL.	38	6085
562 Wahlmänner.	405 NL.		
Bochum-Torunnd-Belsenkirchen	1922 NL.	279	19855
2208 Wahlmänner.	1838 NL.		+
	1594 NL.		17170
Remdy-Sollingen-Rensfeld	703 NL.	60	13861
900 Wahlmänner.	677 NL.	58	+
	625 NL.	35	9902
Elberfeld-Barmen	727 NL.	167	16005
945 Wahlmänner.	727 FK.	143	
Freiort a. Main	320 NL.	317	13482
645 Wahlmänner.	321 NL.	309	

Es sind hier alle Wahlbezirke fortgelassen, die, wie die vier Berliner Bezirke (mit neun Mandaten), Breslau, Danzig von Freisinnigen, oder, wie Köln, von Zentrumskreisen vertreten sind. Es geschah dies, weil auf die politische Konstellation und nicht auf die Einwirkung von Mandaten der Hauptton gelegt wurde. Sonst würde z. B. ein Wahlkampf im ersten Berliner Landtags-Wahlbezirk (linkes Spreeufer, untere Stadt), der drei Abgeordnete wählt, wohl der Mühe lohnen. Dort hatten 1893 von 1178 Wahlmännern die drei freisinnigen Kandidaten 700, 709 und 671 Stimmen erhalten, während 302 Stimmen auf Gegner fielen. Sobald die Sozialdemokratie dort den Kampf aufnimmt, ist es mit der absoluten Sicherheit dieser Freisinnigkeit vorbei, und wenn nicht aus anderen Gründen, würden die Freisinnigen schon aus Selbsterhaltungstrieb sich dazu verstehen, derjenigen Partei ohne große Widerrede ein Mandat abzutreten, die nach den Ziffern der Reichstagswahl die Majorität der Bevölkerung des Bezirks hinter sich hat. Ähnlich in Breslau, wo die Freisinnigen bei der vorigen Wahl um Dazwischenbreiten geschlagen worden wären und jedenfalls in ihrem Besitzstand sehr bedroht sind. Es werden zu solchen Zugeständnissen umso eher bereit sein, als dieselben in gar keinem Verhältnis stehen zur Zahl der Mandate, die sie mit Hilfe der Sozialdemokratie anderwärts erobern können.

Daß die Freisinnigen, wenn ihnen diese Forderung gestellt wird, dazu übergehen würden, uns „Damschrauben anzulegen“ und zu sagen: „Ihr braucht uns, wir geben euch genug für eure Hilfe, wenn wir im Landtag freisinnig austreten“, scheint wenig wahrscheinlich. Aus der freisinnigen Presse klingt ein ganz anderer Ton. Die guten Leute haben es nicht so bick, um in dieser Weise die Korruption zu spielen. Sollten sie es versuchen, so würde die Partei um die entsprechende Antwort nicht verlegen sein. . . .

Soviel ist nun klar, wenn die Sozialdemokratie in die Landtagswahl eingreift, die Parole sein muß: auf der ganzen Linie. Eine Halbheit hätte wenig Zweck. Ebenso würde die Taktik von vornherein festgestellt werden müssen, was noch nicht heißt, sich für alle Eventualitäten die Hände zu binden, sondern nur, daß die Kampfbanden überall mit der vollen Tragweite des aufgenommenen Kampfes bekannt gemacht werden. „Gegen Junker“ ist ein ganz gutes Feldgeschrei, aber in vielen Wahlbezirken hat es bei der Landtagswahl wenig Sinn, wenn es nicht gleichzeitig heißt: für bürgerliche Demokraten. Man erinnere sich, daß schon bei der Urwahl Stichwahlen stattfanden.

Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich es für möglich erkläre, den vereinigten Konservativen und den Nationalliberalen zusammen 80 bis 100 Mandate zu entreißen, die dann, von den etwa aus Sozialdemokraten entfallenden Mandaten abgesehen, fast sämtlich den Freisinnigen zufallen würden. Damit wäre die Physiognomie des Landtags total verändert, eine konservativ-nationalliberale Mehrheit und selbst eine konservativ-ultramontane Mehrheit verhindert. Der Methode, den Landtag gegen den Reichstag auszuspielen, wäre ein Mißact vorgeschoben, und es hinge dann nur von der Festigkeit der Freisinnigen ab, wie weit das Recht der Volksvertretung in Preußen und im Reich endlich zur Wahrheit gemacht würde. Besondere Hoffnungen auf diese Festigkeit wird niemand setzen, aber es wäre ein großer Anstoß gegeben und das ganze öffentliche Leben läme in neue Bewegung.

Die erste selbständige Arbeit der so zusammengefügten Kammer aber müßte die Wahlreform sein. Der Kampf gegen das Dreiklassen-Wahlrecht wird mit ganz anderem Wucht und Aussicht auf Erfolg geführt werden können, wenn innerhalb der Kammer eine genügende Anzahl von Abgeordneten steht, die auf ihn verpflichtet sind, die auf diese Verpflichtung hin gewählt wurden. . . . Andererseits kann das Reichstagswahlrecht so lange nicht als selbständig erachtet werden, so lange die Landtage, und vor allem der preussische Landtag, auf dem Privilegium aufgebaute Brutnester der Privilegien sind.

So hat die Sozialdemokratie in Preußen eine große Aufgabe vor sich. Wer an das baldige Eintreten des großen Zusammenbruchs glaubt, mag sie gering schätzen. Wer aber einen anderen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung für möglich und wahrscheinlich hält, wer vor allem Dingen glaubt, daß der Weg zu höheren Gesellschaftsrichtungen nicht notwendigerweise über Antiefen zu gehen braucht, vielmehr um so mehr abgekürzt wird, je mehr er in aufsteigender Richtung sich bewegt, der wird ihr eine große Bedeutung beimessen. Selbst wenn im ersten Anlauf nicht das erreicht wird, was uns als möglich vor Augen schwebt, ist ein tüchtiger Fortschritt von vornherein gesichert. Die Sozialdemokratie ist heute stark genug, eine Waffe zu benutzen, die ihr einst nutzlos und gefährlich erscheinen mußte. Sie ist stark genug an Zahl und an gesellschaftlichem Ansehen. Sie ist stark genug, mit dieser Waffe einen Schlag zu führen, der den Junker ihrer bittersten Gegner lähmt. Und wenn wir den Junkern nur 50 Mandate entreißen helfen, ist der Kampf des Preises werth.

7) Reichenbach gehört zum Reichstags-Wahlkreis Reichenbach-Neurode, der 8868 sozialdemokratische Stimmen abgab.

7) Es wählten von stimmberechtigten Wählern:

	1849	1893
Wähler erster Klasse	55,40 pCt.	48,13 pCt.
Wähler zweiter Klasse	44,70	52,05
Wähler dritter Klasse	28,90	15,21

Communales.

Auch eine Konventionalkasse. Aus dem Rathhause wird berichtet: Es hat sich der Wiskand herausgestellt, daß Eltern, um bei großen Anträgen ihren Kindern die Aufnahme in einer höheren Unterrichtsanstalt zu sichern, dieselben zu gleicher Zeit bei mehreren Anstalten anmelden. Dadurch treten Fälle ein, daß andere Kinder in einzelnen Anstalten wegen drohender Ueberfüllung abgewiesen werden müssen, während bei Eröffnung des betreffenden Semesters von den aufgenommenen Kindern eine Anzahl nicht erscheint, da dieselben inzwischen anderweit Unterkommen gefunden haben. Das Magistratskollegium hat infolge dessen beschlossen, bei allen höheren Unterrichtsanstalten, Gymnasien und Realschulen, eine Einschreibgebühr von 3 M. zahlen zu lassen, welche demnach auf das Schulgeld angerechnet werden, dagegen aber verfallen, wenn durch Verschulden der Eltern das betreffende Kind daselbst der Aufnahme-Anzeige nicht Folge leistet. Diese Maßnahme soll bereits am 1. Oktober 1897 ins Leben treten. Läßt sich eine solche Maßnahme rechtfertigen?

Nach Fertigstellung des Neubaus der Potsdamer Brücke wird bekanntlich beabsichtigt, dieselbe an ihren vier Endpunkten mit Figurengruppen anzusäumen. Zur Feststellung dieser Gruppen hat das Magistratskollegium aus seiner Mitte eine Künstler-Kommission gewählt, welche dahingehende Vorschläge unterbreiten soll.

Aus der Hofzeit. Auf Wunsch der Schängilde von Berlin hat das Magistratskollegium beschlossen, daß zur 150jährigen Jubiläumfeier der Wiederherstellung der alten Privilegien der Schängilde durch Friedrich II., welche in der Zeit vom 20. bis 25. Juli d. J. am Schloß Weisensee begangen wird, der Magistrat sich durch die Stadträte Wöhm und Hilse vertreten lassen wird.

Bürgermeister Ritscher und Stadtschulrath Fürstenau haben ihren Sommerurlaub angetreten.

Kokales.

Zur Lokalliste. Der Musikverein „Allegro“ feiert heute sein Sommerfest bei Jakob in Dreptow und sucht unter den Bewohnern des Südostens Wilts zu vertreiben. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß das Lokal zu sozialdemokratische Versammlungen nicht zu haben ist.

Polizei und Sittlichkeit. Die Sittlichkeit hat bekanntlich in der Polizei eine eifrige Förderin, zum mindesten die Sittlichkeit der „unteren“ Volksklassen. Aber auch auf die Hebung der Sittlichkeit der „besseren Stände“ ist die Polizei bedacht. So ist durch polizeiliches Nachtgebot die „gewerbmäßige“ Prostitution aus der Friedrichstraße, speziell aus der Friedrichstraße, verbannt, da in diesem feinen Viertel die gewerbmäßige Prostitution mit ihren häßlichen Begleiterscheinungen Anstoß erregt hat. Da aber die jungen und alten Greise der reichshauptstädtischen Erbwelt der leichten Damen nicht entziehen können, so hielt nach Verbot der offenen verlappte Prostitution ihren Eingang in die gepirerte Friedrichstraße. Unter der Maske des nächtlichen Straßenhandels wurde sie nunmehr in einer Form betrieben, welche die jungen und alten Greise der reichshauptstädtischen Erbwelt in helles Entzücken versetzte. Eine ganze Reihe junger Mädchen unter 16 Jahren erschienen zur Nachtzeit in der Friedrichstraße, um den reichen Nachtschwärmern Fändelbiller und andere schöne Dinge, darunter vor allem sich selbst, zum Kaufe anzubieten. Dies „junge Gemüse“ war so recht nach dem Schobel der vom Gemütle überfallten „Lustjungen“, um mit Herrn v. Stumm parlamentarisch-geschmackvoll zu reden. Die Organe, die nun in tief verschwiegener Stille gefeiert wurden, aufzudecken, haben wir feinergeleitet unternommen, und hat sich die Quelle, aus der wir damals schöpften, als klar und wahr erwiesen. Nachdem auch die organisierten Straßenhändler auf die gedachten Schenlichkeiten hingewiesen und sich gleichzeitig ganz energisch dagegen gewehrt hatten, diese nächtlichen Straßenhändlerinnen der Friedrichstraße als zu ihnen gehörig betrachtet zu sehen, nahm die Polizei Veranlassung, der Sache näher zu treten. Sie richtete ihr Auge auf die Vorgänge, die sich nächtlicherweise in der Friedrichstraße abspielten, und entdeckte hierbei ganz erbauliche Dinge. Der „Handel“ dieser Mädchen wurde fernerhin unter polizeiliche Kontrolle gestellt und wie wir aus der vorerwähnten guten Quelle erfahren, diese selber zum guten Theile auch. Wenn wir einerseits auch nicht an den bellamen und „besseren“ Einfluß frömmelnder „Rechtungsbläser“ und drakonischer „Besserungsanstalten“ zu glauben vermögen, so will uns bei unserem beschränkten Unterbanenverstande diese Lösung des gordischen Knotens doch etwas eigenartig erscheinen; ob dadurch die Sittlichkeit der „oberen“ wie „unteren“ Volksklassen gehoben wird, ist eine Frage, über die man vortheilhafter Meinung sein kann. Die Meinung eines großen Theiles der „unteren Volksklassen“ geht dahin, daß durch Polizeimaßnahmen überhaupt die Sittlichkeit nicht gehoben und die Unsitlichkeit nicht aus der Welt geschafft werden kann, daß aber, wenn schon Polizeimaßnahmen zu diesem Zwecke in Anwendung gebracht werden, diese vorwiegend gegen die wahren Urheber der Unsitlichkeit gerichtet werden müßten.

Gegen den Schriftsteller Tempwoff, der zur Zeit der Zentenarfeier in drei anarchischen Versammlungen referirte, ist Anklage wegen Aufreizung erhoben worden. Ursprünglich war die Anklage auf Hochverrath gestellt, der Reichsanwalt hat indessen entschieden, daß nur ein Vergehen gegen § 180 des Strafgesetzbuches vorliegt. D. wird sich, wie der „Sozialist“ mittheilt, demnächst vor einer Berliner Strafkammer zu verantworten haben.

Schulstatistik. Der kleine Gauke, d. h. das Verzeichniß der an den Berliner Gemeindefschulen thätigen Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen, ist jedem zum 54. Male erschienen. Nach demselben wirken an den augenblicklich vorhandenen 213 Gemeindefschulen, deren letzte aber die Nummer 215 trägt, da in der Reihe zwei Schulen fehlen, zur Zeit 213 Direktoren, 2091 ordentliche Lehrer, 85 interimistisch angestellte Lehrer, 114 Hilfslehrer, 21 Vertreter, 1192 ordentliche Lehrerinnen, 57 interimistisch angestellte Lehrerinnen und 105 Vertreterinnen; in Summa 3828 Lehrkräfte, d. h. genau 100 mehr als im Vorjahre. Dazu kommen noch 628 technische Lehrerinnen (1895: 571), so daß an den Gemeindefschulen im ganzen 4454 Personen gegen Entgelt beschäftigt sind. Dazu kommt alldann noch eine große Zahl von Hospitantinnen, d. h. jungen Damen, die je nach dem schnelleren oder geringeren Anwachsen der Schülerzahl schneller oder langsamer in Lehrerinnenstellen einrücken, bis dahin aber die Verpfichtung haben, durch Hospitieren in den verschiedenen Klassen ihre pädagogischen Kenntnisse zu erweitern. Auf jede Gemeindefschule kommen durchschnittlich 17,42 Klassen mit 910 Schülern, auf jede Klasse 82,28 Schüler. Die Gesamtzahl der Klassen beträgt 8710 (gegen 8582 im Vorjahre) und die der Schüler 193 763 (188 575), so daß im letzten Jahre eine Vermehrung um 128 Klassen und 5988 Schülervorder stattgefunden hat. Trotzdem hat sich die Zahl der Schulen nur um eine einzige vermehrt, was daher kommt, daß zwei Anstalten (die 8. und 70. Gemeindefschule) wegen Schülermangel aufgelöst worden sind. Die Gemeinde- und sämtliche Privatschulen werden in zehn Kreise eingetheilt, an deren Spitze je ein Schulpflichter steht. Die durch den Tod des Dr. Hennig erledigte Schulpflichterstelle ist noch immer unbesetzt. Das Gemeindefschulwesen erfordert im laufenden Jahre einen Aufwand von 11 808 700 M., denen nur eine Einnahme von 108 200 M. gegenübersteht, so daß seitens der Stadt ein Zuschuß von 11 200 500 M. erforderlich wird. Jedes Gemeindefschulkind verursacht demnach der Stadt eine jährliche Ausgabe von 59,27 M. Ganz bedeutend größer ist der Beitrag, den die Stadt für den einzelnen Schüler auf höheren Lehranstalten zu zahlen hat.

Gedankenleseerei. Eine sonderbare Feststellung giebt das „Berliner Tageblatt“ zum besten. Es weist nämlich darauf hin, daß die „Berliner Wochenschrift“ in ihrer Nummer von vorgestern Morgen mit der Einleitung „Die Post“ schreibt: den ersten Artikel veröffentlicht, den die „Post“ erst in ihrer vorgestern Abend erschienenen Nummer brachte.

Bei dem inneren Ausbau des Abgeordnetenhouses in der Prinz Albrechtstraße soll der große Fraktionsaal der konservativen ganz besonders hervorragend ausgestattet werden. Gehört sich auch so. Ebenfalls wird von der Ausstattung allegorischer Figuren, welche Vereidlichheit, Weisheit, Gerechtigkeit (!) und Treue darstellen, berichtet. Es fehlt noch eine Allegorie des Staatsrechtes, dem der preussische Landtag bekanntlich sein Wesen verdankt.

Gegen die studentische Ehrengerichts-Bewegung hat der bisherige Rektor der technischen Hochschule zu Charlottenburg, Geheimrath Regierungsrath Professor Dr. Daud bei Gelegenheit des Rektoratswechsels eine Rede gehalten. Er urtheilt über die Leiter der Bewegung: „Entgegen den wiederholten ausdrücklichen Warnungen des Rektors gingen die Führer mit höchst provozirenden Angriffen gegen die Vereinsstudenten und mit der nativen Präzision vor, daß dem von ihnen zu gründenden allgemeinen studentischen Ehrengericht sich auch die Vereine zu beugen hätten.“ Auch hätten Studenten wahrheitswidrige Berichte über die Gründe der Auflösung des Komitees durch die Presse verbreitet und Schmädeartikel gegen die akademischen Behörden gerichtet. — Mehr und mehr schwinden die Bessern unter den Studierenden. Braue Kinder giebt es wohl nur noch unter den prägelustigen Korpsstudenten.

Nicht oft genug können Arbeiter gewarnt werden, die Aschinger'schen Bierquellen-Lokale zu besuchen. So lange diese, die an sich gewis einem Bedürfnis der Großstadt entsprechen, in Berlin bestehen, bringen auch regelmäßig Klagen von Arbeitern in die Öffentlichkeit, nach welchen ihnen oft in der beleidigendsten Form die Darreichung von Getränken verweigert worden ist. In dieser Hinsicht schreiten die Lokalverwalter und ihre Untergebenen auf Grund einer Instruktion der Geschäftsinhaber, wonach Personen, welche sich etwa durch das Fehlen von Krügen und Kravatte oder sonstige als Arbeiter kennzeichnen, auf keinen Fall von den Ansehlern bedient oder im Lokal gebudelt werden dürfen. Seitdem theilte uns ein hiesiger Bürger, der eine Trochsenfahrt durch die Stadt gemacht hatte, in erklärlicher Entzückung mit, daß der Biergast eines Aschinger'schen Lokals wohl ihn, nicht aber den Kutscher bedienen wollte, als er für diesen gleichfalls ein Glas Bier bestellt hatte. In Berlin, wo die Gegensätze von Reich und Arm sich fortwährend im Straßenleben auf das engste berühren, dürfte es selbst dem Wirth einer „echten“ Bierkneipe wohl selten einfallen, derart fleißigst einem Gast vor den Kopf zu stoßen. Dies neue Beispiel zeigt aber, wie sehr unsere Warnung an die Arbeiter am Platze ist.

Der Ausschuss für die Erhaltung des Botanischen Gartens als Park hat vor Eintritt der Ferien jetzt noch eine Sitzung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, den Kampf gegen die fiskalischen Veräußerungspläne bis zum letzten Augenblick mit den anwendbaren Mitteln fortzuführen. Besonders wurde anerkannt, daß die Stadt Berlin den Vorschlag des Ministers auf theilweise Veräußerung des Gartens an der Palast-, Elsholz- und Grunewaldstraße und Ueberweisung des danach verbleibenden Platzes an die Stadt gegen Zahlung von zwei Millionen Mark abgelehnt und beschlossen hat, nur bei Erhaltung des ganzen Gartens gegen entsprechend mögliche Entschädigung auf die Uebernahme eingehen zu wollen. Im äussersten Falle werde zur Ausleichung der Forderung des Fiskus und der Summe, welche die Stadt Berlin bewilligen könne, die Veranstaltung einer Lotterie angekreht werden müssen. Auch das noch?

Der Journalist Petriczkiak, der vorgestern wegen einer gemeinen Flegelrei zu einer Woche Gefängnis verurtheilt wurde, ist ein Schlingel der vom Lausejungen-Stumm erhaltenen „Post“. Vor etwa zwei Jahren, so schreibt man uns, fällte Petriczkiak sich in Gefahr, als Oesterreicher ausgewiesen zu werden, weil er sich „lästig“ gemacht hätte. Aber zwei brave Patrioten nahmen sich seiner an. Eine mit entsprechendem Vermerk versehenen Willenkarte des Redakteurs Groddeck II von der „Post“, sowie einige fürsprechende Zeilen des damaligen Intelligenzblatt-Redakteurs schenken das Wunder bewirkt zu haben, daß Petriczkiak sich wieder sicher fühlen konnte. Vor einiger Zeit hatte dieser Journalist sich in den neugegründeten gesellschaftlich-sozialistischen Verein eingeschlichen. Dort entdeckte man jedoch rechtzeitig, mit wessen Geistes Kind man es zu thun hatte und bewirkte seine Verweisung.

Ein Proletariatszug. Ein trüblicher Zug bewegte sich Donnerstag Abend durch die Königgräzerstraße und erreichte im höchsten Grade das Mitleid der Passanten. Auf einem kleinen Handwagen lag mit Striden festgebunden der mehr als dürftige Handrath einer armen Familie, die in einem Wohnungswechsel begriffen war. Vor dem Wagen hatte sich der Vater der Familie, ein bagerer, blauer Mann, gespannt und zog ihn bei der glühenden Hitze im Schweisse seines Angesichts durch die Straße. Um den Leib hatte der Mann ein großes Tuch geschlungen, aus dem ein kleines Kind arglos in die Welt guckte. Auch die bleiche abgemagerte Frau, welche hinter dem Wagen herging und diesen schob, trug in derselben Weise ein noch kleineres Wesen an ihrer Brust, während zwei etwas größere aufs nothdürftigste bekleidete und verhungert aussehende Kinder auf dem Wagen inmitten des armseligen Mobiliars saßen. Dieser überaus jammervolle Anblick rührte den Wohlthätigkeitsinn einiger Vorübergehenden, und ein paar Goldspenden flossen in die Hände der Armen, die mit Thränen in den Augen dankten.

Zur Affäre in der Bernauerstraße. Der Maler Eugen Sieg, der am Donnerstag Abend der Ermordung seiner 15jährigen Tochter Bertha verdächtig festgenommen wurde, bestritt jede Schuld. Er behauptet, daß sie aus Furcht vor seinen nicht erst gemeinten Erprobungen sich zum Fenster hinaufgehört habe. Ob diese Darstellung zutreffend ist, wird die Untersuchung ergeben. Sieg war, wie bereits erwähnt, dem Trunke stark ergeben. Früher war er ein tüchtiger Arbeiter, hatte sich aber vor drei Jahren infolge schlechten Umganges dem Trunke ergeben. Seit dieser Zeit hatte die Familie viel durch die Reibereien des Mannes zu leiden. Die fortgesetzten Mißhandlungen führten dahin, daß Frau S. am Donnerstag mit ihrer zweiten Tochter die Wohnung verließ und Zuflucht bei ihren Eltern suchte, wo die ältere 19jährige Tochter Martha sich bereits seit mehreren Tagen aufhielt. Am Abend gegen 6 Uhr ging die 15jährige Bertha nochmals in die elterliche Wohnung zurück, um einige vergessene Sachen und ihre kleinen Geschwister abzuholen. Wider Erwarten traf sie den Vater zu Hause, der vollständig betrunken war. Ueber den Vorgang konnte bisher nichts Zuverlässiges festgestellt werden. Nach der Erzählung des ältesten 6jährigen Bruders hat der Vater zunächst das Mädchen mit einem Revolver bedroht, es sei dann ans Fenster gelassen, und der Vater habe einen Tisch ans Fenster gerückt. Es sei nun auf den Tisch hinaufgelaufen und gleich darauf zum Fenster hinaufgefallen. Ob dies durch die Schuld des Vaters geschehen ist, weiß der Knabe nicht. Auffällig ist es jedoch, daß der Kegel des unteren Fensterschlüssels geschlossen war. Es ist jedenfalls ausgeschlossen, daß das ziemlich kräftige Mädchen durch die nur kleine Oefnung des oberen Fensterschlüssels hinausgeworfen sein könnte, vielleicht aber hat Sieg nach der That die Fenster wieder geschlossen.

Die Parochialstraße von der Spandauer- bis zur Jüdenstraße wird beaufsichtigt von dem 2. Juli ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Kleider gesperrt.

Auf der Brandstätte in der Chausseest. 80/82 nähern sich die Abblösungs- und Aufräumungsarbeiten, soweit sie von der Feuerweh im allgemeinen Interesse und zur Sicherung gegen Lebensgefahr auszuführen sind, ihrem Ende. Gestern Vormittag wurden die letzten Pferde-Kadaver, welche unter Schutz und verlobten Balken und an Stellen lagen, bei denen eine Gefahr durch Einstürzen der Mauern zu befürchten war, mit Hilfe der Feuerweh unter Beobachtung größter Vorsicht entfernt. Die großen Lumpenballen lagern noch auf dem Hofe; es ist aber das Polizeipräsidium bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß ihre möglichst baldige Entfernung in gesundheitlichen Interesse der ganzen Stadtgegend durchaus dringend notwendig ist. Infolge des Brandes auf dem Aktienhof nimmt die Feuerweh jetzt Divisionen anderer Grundstücke, auf denen zum

theil noch feuergefährlichere Zustände existiren sollen, vor, um beim Polizeipräsidium eine Abstellung herbeizuführen.

Bei der Aufräumung der Panke arbeiteten am Donnerstag sieben und gestern noch sechs Mann von der städtischen Kanalkommission. Am ersten Tage wurden besonders Lumpen herausgeholt, am zweiten mehr Steine. Das Wasser der Panke war infolge der Stauung um einen halben Meter gestiegen. In einer sehr gefährlichen Lage hat sich, wie jetzt bekannt wird, die Familie des Fuhrherrs Grassow befunden, die im dritten Stock des mehrfach erwähnten Hauses wohnte. Herr Grassow hatte um 1/4 Uhr sich zum Ausruhen im Schlafzimmer niedergelegt. Er lag kaum 5 Minuten, als unten mehrere Männer „Feuer!“ schrien. Sofort lief er ans Fenster und rief den Leuten zu, sie möchten einen Eimer Wasser nehmen und das Feuer auslöschen. Dann wollte er gleich auf den Hof hinabgehen, kam aber nur bis zum 2. Stock. Hier schlug ihm schon eine manndeckige Feuergerade entgegen. Da er Frau und Kinder oben gelassen hatte, so eilte er zurück, nahm seinen Sohn und seine Tochter unter die Arme und rief seiner Frau zu, ihm zu folgen. Es ging nun über das Dach des brennenden Hauses hinweg auf das Dach des Nebengebäudes in der Boyenstraße und von dort über den Boden und die Treppe ins Freie hinab. Unten angekommen, vermißte Grassow seine Frau und glaubte, sie sei nicht mitgekommen. Auf sein Geschrei kam Brandmeister Wiesener herbei und ließ auf die Wohnung, daß Frau Grassow vermutlich noch in dem brennenden Hause sei, durch seine Mannschaft ein Loch durch die Backsteinmauer brechen, um von hier aus vorzudringen. Man brachte eine volle Sunde, um nur an das Haus heranzukommen; einzubringen war nicht mehr möglich. Es stellte sich dann aber heraus, daß Frau Grassow ihrem Manne gefolgt und ihm nur aus den Augen gekommen war. Grassow hat 25 Mark in baarem Gelde verloren, die in einer Kommode lagen. Zahlreiche Fuhrgeschäfte haben sich schon gemeldet, um den Schutt abzufahren, man hat aber damit noch nicht begonnen, weil die Versicherungsbeamten mit ihren Aufnahmen noch nicht fertig sind.

Gegen den Straßenhandel mit Schuhwaaren, Handschuhen etc. ist von interessirter Seite eine Bewegung eingeleitet worden. Bereits vor einem halben Jahre ist damit begonnen worden, Erhebungen zu veranstalten. Der Zweck dieser Erhebungen ist, den Umfang dieses Handelsverkehrs genau festzustellen. Besonders bemerkenswerth sind die Beobachtungen, die in der Gegend des Rosenthaler Thores gemacht worden sind. Dortselbst vermögen die kleinen Geschäftsteile dem schwunghaft betriebenen Straßenhandel nicht zu widerstehen, müssen vielmehr ebenfalls zu dieser Art des Gemeinbetriebes übergehen. Nach den gemachten Beobachtungen nehmen mehrere Schuhmacher aus der erwähnten Gegend am Sonnabend ihren Borrath an Pantoffeln und Kinderstiefeln auf einen Wagen und lassen mit diesem in der Nähe von Fabriken oder größeren Werkstätten Posto, um die abends mit ihrer Schuung heimkehrenden Arbeiter abzuwarten. Das polizeiliche Verbot des Stelchenbetriebes ist nach den neueren Auslegungen der Gerichte kein großes Hinderniß für den Straßenhandel, da gerichtlich stets ein angemessener Zeitraum nach der Abfertigung der Käufer dem Straßenhändler bis zur Weiterbewegung mit seinem Wagen zugestimmt wird. Daß ein Schuhmacher hierbei besonderen Vortheil genießt, indem die Anproben auf offener Straße viel Zeit in Anspruch nehmen, liegt auf der Hand. Ueber den Schuh- und Pantoffelmachern sind neuerdings auch andere Gewerbetreibende, welche selbstgefertigte Waaren im Straßenhandel feilbieten, beobachtet worden. Einzelne Händler anderer Artikel dagegen, die ihre Stände in den Markthallen aufgegeben hatten und den Straßenhandel angingen, haben diesen wieder aufgegeben, da sie sich bald überzeugten, daß ihre Waare für diesen Handelbetrieb sich nicht eignete.

Todigefahren wurde Donnerstag Vormittag der 89 Jahre alte Arbeiter Frieß, als er in der Prinzen-Allee von einem Sandwagen herabfiel.

Vergiftet hat sich auf dem Jerusalem Friedhof in der Sells-Allianzstraße der in Berlin geborene Chemiker Dr. Georg Frieß. Er war 88 Jahre alt und wohnte zuletzt in Dresden.

Der Brauereibesitzer Konrad Habel am Tempelhofer Berg 8 ist in Wärsburg an den Folgen einer Karbunkeloperation gestorben.

Drei erfolglose Selbstmordversuche unternahm in der letzten Nacht ein junger Mann, der jede Auskunft über seine Person verweigert. Er erdängte sich zunächst an einem Wettergahn in der Marzlinstraße, wurde aber abgehaltnen. Demnächst entleerte er sich auf der Dampfer-Landungsbrücke Bellevue an der Jannowich-Brücke und sprang in die See. Auch von dort wurde er herangeholt und dann mit herbeigerufenem Sächsischen Krankenwagen nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft. Auf der Trage des Krankenwagens zerriß er sein Hemd, das einzige Kleidungsstück, das er noch hatte, in Fäden und schnürte sich mit diesen den Hals zu; aber auch auf diese Weise konnte der Lebensmüde den so beharrlich gesuchten Tod nicht finden; der begleitende Schuttmann verhinderte den Selbstmord. Der Unbekannte führt Papiere bei sich, welche auf den Namen Paul Mehdorf, Drechsler, am 16. September 1873 in Berlin geboren, lauten.

Aus dem Fenster ihrer Wohnung Alt-Moabit 49 ist gestern die 47 Jahre alte Schneiderin Elvira Mödding auf den Hof hinab gesprungen. Sie hat die That, die ihren Tod zur Folge hatte, wahrscheinlich im Zustande des Wahnsinns vollführt, da man beim Eindringen in die Wohnung alle Habseligkeiten von ihrer Hand zerstört fand.

In Hamburg sind seit dem 27. Juni d. J. abhanden gekommen: 2 Stück 8/10prozentiger Lüdder Prämienlose von 1863 Serie 485 Nr. 9695, Serie 125 Nr. 2500 & 50 Thaler, 2 Stück deutscher Reichsanleihe von 1887 E. Nr. 36 611/12 mit Kupon vom 1. Juli 1897 & 200 M.

Der Arbeiter Grams aus Lichtenberg wurde, während er auf dem Grundstück Ehringergasse 88 beschäftigt war, durch eine Tischkugel leicht am Unterschenkel verwundet. So weit bisher festgestellt worden, ist der Schuß von einer Frau A., An der Stadtbahn 46 wohnhaft, aus einer der zwischen Prenzlauer Allee und der Winkstraße auf Ackerland hergerichteten Buden abgegeben worden. Das Tischkugel wurde beschlagnahmt.

Ein kaum glaubliches Vorkommniß soll sich nach den Angaben der zunächst Beteiligten dieser Tage auf dem Steglitzer Friedhof ereignet haben. Der Bruder des in Steglitz, Erdersstraße 4 wohnenden Schlossers Franz Pippel, der Maler Ernst Pippel, ist am vorigen Sonnabend auf dem dortigen Friedhof beerdigt worden. Am Dienstag ging die Mutter des Verstorbenen hinaus, um noch einen nachträglich eingetroffenen Kranz auf den Grabhügel zu legen. Zu ihrem Schrecken und peinlichem Erstaunen nahm sie jedoch wahr, daß das Grab noch garnicht gefüllt war, sondern am dritten Tage nach der Beerdigung noch offen stand, sodaß der Sarg zu sehen war. Mit recht lebden die Verwandten das Vorkommniß hervor, daß dies nicht nur für die Kirchhofbesucher ein überaus unerschauerlicher Anblick ist, sondern daß sich ein so lange unbedeckt liegender Sarg, zumal bei der übergroßen Hitze auch noch in anderer Weise empfindlich bemerkbar machen muß. Eine Aufklärung über diesen Fall wäre daher dringend zu wünschen.

Im Apollo-Theater feierte man gestern das Jubiläum der fünfzigsten Aufführung von „Genuß aus Erden“ durch eine mit Klavieren reich gewürzte Darbietung. Am Schlusse des Stückes wurde zu Ehren der Darsteller, Verfasser und Komponisten der Inhalt von mindestens drei Blumenläden auf die Bühne gebracht. Unbeschreiblicher Jubel herrschte vor und hinter der Rampe. Unter den neuengagierten Spezialitäten erregte ein kleiner Taufensänkele „Little Arthur“ genannt, Interesse. Der Knirps ist höchstens acht Jahre alt und zeigt sich als außerordentlich geschickter Turner. Ein tüchtiger Organmeister, Schmelzmaier und Verwandlungskünstler in einer Person ist der Franzose Albany. Wunderliche Schaufensstücke vollstehende Fräulein Braselli; als Trapezkünstler errangen die Geschwister Tranny sich Beifall. Der Gesangs Humorist Reutter brillirte abermals mit zeitgemäßen Couplets.

Unter der Auflage des Kindesmordes stand heute die 21-jährige Dienstmagd Selma Krahn vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Die Angeklagte, welche schon früher einem Kinde das Leben gegeben hat, welches bald nach der Geburt verstorben ist, legte ein offenes Geständnis ab. Sie stand im vorigen Jahre in den Diensten des Restaurateurs Müller in der Yorckstraße. Nach ihrer Behauptung ist sie den Nachstellungen ihres Dienstherrn erlegen. Sie habe ihn darauf hingewiesen, daß sein Umgang mit ihr nicht ohne Folgen geblieben sei. Seien Sie bloß hierüber ruhig — habe Müller gesagt — wenn es bekannt wird, bekommen wir jeder fünf Jahre Gefängnis wegen Ehebruchs. Die Angeklagte will dies geglaubt haben. Bald darauf verkaufte Müller sein Geschäft an den Schankwirt Krahn. Dieser hatte die Angeklagte mit übernommen, entließ sie aber im Oktober ihres Jahres wegen. Anfangs Dezember meldete die Angeklagte sich wieder bei Krahn und bat um Wiederaufnahme. Sie sei in der Quarantäne erkrankt worden, das Kind sei tot. Krahn nahm sie wieder in seinen Dienst, er sowohl wie seine Ehefrau hatten sich von der Angeklagten täuschen lassen. In der Nacht zum 14. Dezember genas sie heimlich eines Kindes. Sie bereite sich einen Papiertropfen, den sie dem kleinen Wesen in den Hals steckte. Bald hörten dessen Bewegungen auf, es war tot. Die Angeklagte wickelte die Leiche in Papier und verpackte sie in ihrem Koffer. Bei Gelegenheit wollte sie das Paket verbrennen. Am folgenden Tage erfüllte sie ihre dienstlichen Pflichten wie immer. Die Angeklagte ging während des ganzen Winters auch in ihrer dienstfreien Zeit nicht aus. Erst am zweiten Ostersfeiertage, am 19. April d. J., wollte die Angeklagte wieder zum Tanz gehen. Es fiel nach ihrem Fortgange auf, daß sie das Fenster zu ihrer Kammer offen gelassen, die Thür dagegen verschlossen und den Schlüssel mitgenommen hatte. Um einen Diebstahl zu verhindern, ließ Krahn durch das Fenster, er vermutete, daß die Angeklagte auch diesen Weg gewählt, nachdem sie die Thür von innen verriegelt hatte. Dadurch hätte sie die späte Nachhaftung ihrer Herrschaft verhindern können. Als Krahn in die Kammer gelangte, drang ihm ein furchtbarer Verwesungsgeruch entgegen — die Leiche wurde gefunden. Die Angeklagte wurde in der Nacht, als sie vom Tanz zurückkehrte, von Kriminalbeamten in Empfang genommen. Der Zeuge Müller bestritt, daß er die erwähnte Mitteilung in betreff der fünf Jahre getan habe. — Die Geschworenen billigten der Angeklagten mildernde Umstände zu, worauf Staatsanwalt Klein eine Gefängnisstrafe von drei Jahren beantragte. Der Gerichtshof erklärte auf zwei Jahre Gefängnis, wovon zwei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

Wegen angeblichen Vergehens gegen § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung, in Folge dessen mit gemeinschaftlicher Mishandlung hatten sich am Freitag die Maurer Wilhelm H 5 1 und Friedrich Wilhelm H 5 2 vor der 137. Abth. des Amtsgerichts I zu verantworten. Beide bestritten in allen Punkten ihre Schuld. Ueber den Neubau Storgardstr. 21 war die Sperre verhängt, weil der seitens der Lokalkommission geforderte Arbeitslohn, in Verbindung mit Herabsetzung der Arbeitszeit, von dem Bauherrn nicht bewilligt war. Am 22. Mai d. J., einem Sonnabend, begann der Maurer Paul Werner auf dem gesperrten Neubau zu arbeiten. Er will bereits vom Morgen an von nicht arbeitenden Maurern, die auf den „Schmbergern“ herumhantieren, belästigt worden sein; es sei ihm zugerufen worden: „Dir schlagen wir noch den Kopf entwei“ u. s. w. Die beiden Angeklagten — von denen übrigens H 5 1 in einem ganz anderen Baugeschäft arbeitete, während H 5 2 zur Zeit überhaupt beschäftigungslos war — seien jedoch unter den belästigten Andern nicht gewesen. Zu Mittag mußte wegen eingetretenen anhaltenden starken Regens mit der Arbeit aufgehört werden. Werner packte sein Arbeitszeug zusammen, da er überhaupt aufbrechen wollte, weil ihm ein Junge — der später dafür seine Fische bekommen hat — zum Schabe nach Komotten u. dergl. in den Arbeitsbeutel getan hatte. Um 5 Uhr etwa wurde Werner nach der Schankwirtschaft von Mahale sitirt, wofelbst der Polier Günther des Wochenlohn anzahlte. Hier will Werner wiederum beschimpft worden sein; man habe ihn einen Streikbrecher und Polizeispindel genannt. Das Hinge sich an der Schimpferei beteiligte, könne er nicht sagen, dagegen habe H 5 1 das Wort „Streikbrecher“ gebraucht. Er sei dann hinarangegangen und habe hier von dem ihm folgenden H 5 1 einen Schlag ins Gesicht erhalten, daß er drei Wunden davon trug und ohnmächtig hinfiel; von dem er einen zweiten Schlag erhalten habe, wisse er nicht. Auf Veranlassung eines Schutzmanns wurde Werner dann thätlich in eine Unfallstation geschafft. Von Drohungen im Sinne des § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung seitens der Angeklagten hat Werner, wie er zugibt, im übrigen nichts gehört. Eine wesentlich andere Darstellung des Sachverhalts geben die Angeklagten und die anderen Zeugen. Vor allem betonte der Polier Günther, daß bereits am Vormittag Werner „bessenen“ gewesen sei; in dieser Verfassung habe gerade er die nicht arbeitenden, sich aber vor dem Bau anhaltenden Maurer durch Redensarten wie „dumme Jungen, was wollt ihr Schlumpfe? Ich habe schon mehr Streiks durchgemacht“ u. s. w. belästigt. Werner sei so betrunken gewesen, daß er sozusagen festgebunden werden mußte, um nicht vom Bau zu fallen. In dem Mahale'schen Lokale, in welchem H 5 1 anfangs gar nicht zugegen war, versuchte Werner, wieder mit den Mauern anzubinden, sie wandten ihm aber voll Verachtung wegen seines Streikbrechens den Rücken, wie sich der eine Zeuge ausdrückte. Als dann H 5 1 das Lokal betrat und sich an einen Tisch setzte, belästigte Werner den H 5 1 darauf, daß sich dieser das mit den Worten verbat: „Lassen Sie mich in Ruhe, quatschen Sie nicht.“ Nun sagte Werner den H 5 1 an die Nase u. s. w., bis sich der H 5 1 dazwischenlegte und den betrunkenen Werner hinauswies. In seinem Kerger ging H 5 1 ihm nach und versetzte ihm eine Ohrfeige; Werner taumelte und erhielt dann noch von dem hinzutretenden H 5 2 einen Stoß, daß er zu Boden fiel. Der Staatsanwaltsvertreter, ein junger Referendar, hielt die Angeklagten für überführt und eine exemplarische Strafe am Plage, da zwar einerseits die Arbeiter das Recht zum Streiken hätten, andererseits aber diejenigen Arbeiter, welche arbeiten wollten, gegen den Terrorismus der Streikenden geschützt werden müßten. Beide Angeklagte hätten den Werner gemeinschaftlich gemishandelt, H 5 1 auch mittelst hinterlistigen Ueberfalls; er beantrage daher, den Angeklagten mildernde Umstände zu verfahren und gegen jeden auf zwei Monate Gefängnis zu erkennen. H. A. Dr. Hertzfeld als Verteidiger der Angeklagten sei in längeren Ausführungen aneinander, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft die Angelegenheit geradezu auf den Kopf gestellt habe; nicht die Angeklagten, die mit jenem Bau gar nichts zu thun hätten, hätten den Werner in seinem Recht, zu arbeiten verhindert, sondern Werner habe sich gegen das gute Recht, nicht zu arbeiten, aufgelegt. Wie die Beweisaufnahme ergeben (wenn man nicht etwa Phantasiegebilde dafür hinstellen wolle, wie dieses seitens des Vertreters der Staatsanwaltschaft geschehen sei), habe Werner sich in seiner „Vesoffenheit“ ungebührlich und beleidigend gegen H 5 1 benommen, und wenn dieser ihm dann dafür aus der Strafe eine Ohrfeige gegeben habe, die im Lokale jenem zu verabsolgen H 5 1 durch den H 5 2 verhindert wurde, welcher Werner hinauswies, so sei H 5 1 sozusagen in seinem guten Recht gewesen, es müsse mithin Kompensation eintreten; gegen H 5 2 sei überhaupt nichts erwiesen. Aus allen diesen Gründen sei die Freisprechung beider Angeklagten angebracht; im schlimmsten Falle könne H 5 1 zu einer ganz geringen Geldstrafe verurtheilt werden. Der Gerichtshof schloß sich zwar den Ausführungen des Staatsanwalts, daß die Arbeiterwollenden gegen den Terrorismus der Streikenden geschützt werden müßten, an, hielt aber im gegebenen Falle den Beweis für das Vorliegen des § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht erbracht. Dagegen liege gemeinsam sächliche Körperverletzung vor. Unter Annahme mildernder Umstände wurde gegen H 5 1 auf 30 M., gegen H 5 2 auf 20 M. Geldstrafe erkannt.

Der Verband der Möbelpolierer (Zentrale SO.) hielt am 28. Juni seine Monatsversammlung ab, in der Massisch über die heilige Stellung der Frau sprach. Die übrigen Verhandlungen betrafen interne Vereinsangelegenheiten. Arbeiter-Bildungsschule. Die Bibliothek in der Nordstraße, Braunesstr. 26, in dem 1. Aufstockungsgeschoß, die noch ausstehenden Bücher sind umgehend Donnerstags abends von 9 bis 10 Uhr zurückzugeben. Mithingelbeträge werden an diesem Tage in der Nordstraße entgegengenommen, ebenso in folgenden Lokalen: Gollke, Schulstr. 20; Schulstr. 21; Schulstr. 22; Schulstr. 23; Schulstr. 24; Schulstr. 25; Schulstr. 26; Schulstr. 27; Schulstr. 28; Schulstr. 29; Schulstr. 30; Schulstr. 31; Schulstr. 32; Schulstr. 33; Schulstr. 34; Schulstr. 35; Schulstr. 36; Schulstr. 37; Schulstr. 38; Schulstr. 39; Schulstr. 40; Schulstr. 41; Schulstr. 42; Schulstr. 43; Schulstr. 44; Schulstr. 45; Schulstr. 46; Schulstr. 47; Schulstr. 48; Schulstr. 49; Schulstr. 50; Schulstr. 51; Schulstr. 52; Schulstr. 53; Schulstr. 54; Schulstr. 55; Schulstr. 56; Schulstr. 57; Schulstr. 58; Schulstr. 59; Schulstr. 60; Schulstr. 61; Schulstr. 62; Schulstr. 63; Schulstr. 64; Schulstr. 65; Schulstr. 66; Schulstr. 67; Schulstr. 68; Schulstr. 69; Schulstr. 70; Schulstr. 71; Schulstr. 72; Schulstr. 73; Schulstr. 74; Schulstr. 75; Schulstr. 76; Schulstr. 77; Schulstr. 78; Schulstr. 79; Schulstr. 80; Schulstr. 81; Schulstr. 82; Schulstr. 83; Schulstr. 84; Schulstr. 85; Schulstr. 86; Schulstr. 87; Schulstr. 88; Schulstr. 89; Schulstr. 90; Schulstr. 91; Schulstr. 92; Schulstr. 93; Schulstr. 94; Schulstr. 95; Schulstr. 96; Schulstr. 97; Schulstr. 98; Schulstr. 99; Schulstr. 100; Schulstr. 101; Schulstr. 102; Schulstr. 103; Schulstr. 104; Schulstr. 105; Schulstr. 106; Schulstr. 107; Schulstr. 108; Schulstr. 109; Schulstr. 110; Schulstr. 111; Schulstr. 112; Schulstr. 113; Schulstr. 114; Schulstr. 115; Schulstr. 116; Schulstr. 117; Schulstr. 118; Schulstr. 119; Schulstr. 120; Schulstr. 121; Schulstr. 122; Schulstr. 123; Schulstr. 124; Schulstr. 125; Schulstr. 126; Schulstr. 127; Schulstr. 128; Schulstr. 129; Schulstr. 130; Schulstr. 131; Schulstr. 132; Schulstr. 133; Schulstr. 134; Schulstr. 135; Schulstr. 136; Schulstr. 137; Schulstr. 138; Schulstr. 139; Schulstr. 140; Schulstr. 141; Schulstr. 142; Schulstr. 143; Schulstr. 144; Schulstr. 145; Schulstr. 146; Schulstr. 147; Schulstr. 148; Schulstr. 149; Schulstr. 150; Schulstr. 151; Schulstr. 152; Schulstr. 153; Schulstr. 154; Schulstr. 155; Schulstr. 156; Schulstr. 157; Schulstr. 158; Schulstr. 159; Schulstr. 160; Schulstr. 161; Schulstr. 162; Schulstr. 163; Schulstr. 164; Schulstr. 165; Schulstr. 166; Schulstr. 167; Schulstr. 168; Schulstr. 169; Schulstr. 170; Schulstr. 171; Schulstr. 172; Schulstr. 173; Schulstr. 174; Schulstr. 175; Schulstr. 176; Schulstr. 177; Schulstr. 178; Schulstr. 179; Schulstr. 180; Schulstr. 181; Schulstr. 182; Schulstr. 183; Schulstr. 184; Schulstr. 185; Schulstr. 186; Schulstr. 187; Schulstr. 188; Schulstr. 189; Schulstr. 190; Schulstr. 191; Schulstr. 192; Schulstr. 193; Schulstr. 194; Schulstr. 195; Schulstr. 196; Schulstr. 197; Schulstr. 198; Schulstr. 199; Schulstr. 200; Schulstr. 201; Schulstr. 202; Schulstr. 203; Schulstr. 204; Schulstr. 205; Schulstr. 206; Schulstr. 207; Schulstr. 208; Schulstr. 209; Schulstr. 210; Schulstr. 211; Schulstr. 212; Schulstr. 213; Schulstr. 214; Schulstr. 215; Schulstr. 216; Schulstr. 217; Schulstr. 218; Schulstr. 219; Schulstr. 220; Schulstr. 221; Schulstr. 222; Schulstr. 223; Schulstr. 224; Schulstr. 225; Schulstr. 226; Schulstr. 227; Schulstr. 228; Schulstr. 229; Schulstr. 230; Schulstr. 231; Schulstr. 232; Schulstr. 233; Schulstr. 234; Schulstr. 235; Schulstr. 236; Schulstr. 237; Schulstr. 238; Schulstr. 239; Schulstr. 240; Schulstr. 241; Schulstr. 242; Schulstr. 243; Schulstr. 244; Schulstr. 245; Schulstr. 246; Schulstr. 247; Schulstr. 248; Schulstr. 249; Schulstr. 250; Schulstr. 251; Schulstr. 252; Schulstr. 253; Schulstr. 254; Schulstr. 255; Schulstr. 256; Schulstr. 257; Schulstr. 258; Schulstr. 259; Schulstr. 260; Schulstr. 261; Schulstr. 262; Schulstr. 263; Schulstr. 264; Schulstr. 265; Schulstr. 266; Schulstr. 267; Schulstr. 268; Schulstr. 269; Schulstr. 270; Schulstr. 271; Schulstr. 272; Schulstr. 273; Schulstr. 274; Schulstr. 275; Schulstr. 276; Schulstr. 277; Schulstr. 278; Schulstr. 279; Schulstr. 280; Schulstr. 281; Schulstr. 282; Schulstr. 283; Schulstr. 284; Schulstr. 285; Schulstr. 286; Schulstr. 287; Schulstr. 288; Schulstr. 289; Schulstr. 290; Schulstr. 291; Schulstr. 292; Schulstr. 293; Schulstr. 294; Schulstr. 295; Schulstr. 296; Schulstr. 297; Schulstr. 298; Schulstr. 299; Schulstr. 300; Schulstr. 301; Schulstr. 302; Schulstr. 303; Schulstr. 304; Schulstr. 305; Schulstr. 306; Schulstr. 307; Schulstr. 308; Schulstr. 309; Schulstr. 310; Schulstr. 311; Schulstr. 312; Schulstr. 313; Schulstr. 314; Schulstr. 315; Schulstr. 316; Schulstr. 317; Schulstr. 318; Schulstr. 319; Schulstr. 320; Schulstr. 321; Schulstr. 322; Schulstr. 323; Schulstr. 324; Schulstr. 325; Schulstr. 326; Schulstr. 327; Schulstr. 328; Schulstr. 329; Schulstr. 330; Schulstr. 331; Schulstr. 332; Schulstr. 333; Schulstr. 334; Schulstr. 335; Schulstr. 336; Schulstr. 337; Schulstr. 338; Schulstr. 339; Schulstr. 340; Schulstr. 341; Schulstr. 342; Schulstr. 343; Schulstr. 344; Schulstr. 345; Schulstr. 346; Schulstr. 347; Schulstr. 348; Schulstr. 349; Schulstr. 350; Schulstr. 351; Schulstr. 352; Schulstr. 353; Schulstr. 354; Schulstr. 355; Schulstr. 356; Schulstr. 357; Schulstr. 358; Schulstr. 359; Schulstr. 360; Schulstr. 361; Schulstr. 362; Schulstr. 363; Schulstr. 364; Schulstr. 365; Schulstr. 366; Schulstr. 367; Schulstr. 368; Schulstr. 369; Schulstr. 370; Schulstr. 371; Schulstr. 372; Schulstr. 373; Schulstr. 374; Schulstr. 375; Schulstr. 376; Schulstr. 377; Schulstr. 378; Schulstr. 379; Schulstr. 380; Schulstr. 381; Schulstr. 382; Schulstr. 383; Schulstr. 384; Schulstr. 385; Schulstr. 386; Schulstr. 387; Schulstr. 388; Schulstr. 389; Schulstr. 390; Schulstr. 391; Schulstr. 392; Schulstr. 393; Schulstr. 394; Schulstr. 395; Schulstr. 396; Schulstr. 397; Schulstr. 398; Schulstr. 399; Schulstr. 400; Schulstr. 401; Schulstr. 402; Schulstr. 403; Schulstr. 404; Schulstr. 405; Schulstr. 406; Schulstr. 407; Schulstr. 408; Schulstr. 409; Schulstr. 410; Schulstr. 411; Schulstr. 412; Schulstr. 413; Schulstr. 414; Schulstr. 415; Schulstr. 416; Schulstr. 417; Schulstr. 418; Schulstr. 419; Schulstr. 420; Schulstr. 421; Schulstr. 422; Schulstr. 423; Schulstr. 424; Schulstr. 425; Schulstr. 426; Schulstr. 427; Schulstr. 428; Schulstr. 429; Schulstr. 430; Schulstr. 431; Schulstr. 432; Schulstr. 433; Schulstr. 434; Schulstr. 435; Schulstr. 436; Schulstr. 437; Schulstr. 438; Schulstr. 439; Schulstr. 440; Schulstr. 441; Schulstr. 442; Schulstr. 443; Schulstr. 444; Schulstr. 445; Schulstr. 446; Schulstr. 447; Schulstr. 448; Schulstr. 449; Schulstr. 450; Schulstr. 451; Schulstr. 452; Schulstr. 453; Schulstr. 454; Schulstr. 455; Schulstr. 456; Schulstr. 457; Schulstr. 458; Schulstr. 459; Schulstr. 460; Schulstr. 461; Schulstr. 462; Schulstr. 463; Schulstr. 464; Schulstr. 465; Schulstr. 466; Schulstr. 467; Schulstr. 468; Schulstr. 469; Schulstr. 470; Schulstr. 471; Schulstr. 472; Schulstr. 473; Schulstr. 474; Schulstr. 475; Schulstr. 476; Schulstr. 477; Schulstr. 478; Schulstr. 479; Schulstr. 480; Schulstr. 481; Schulstr. 482; Schulstr. 483; Schulstr. 484; Schulstr. 485; Schulstr. 486; Schulstr. 487; Schulstr. 488; Schulstr. 489; Schulstr. 490; Schulstr. 491; Schulstr. 492; Schulstr. 493; Schulstr. 494; Schulstr. 495; Schulstr. 496; Schulstr. 497; Schulstr. 498; Schulstr. 499; Schulstr. 500; Schulstr. 501; Schulstr. 502; Schulstr. 503; Schulstr. 504; Schulstr. 505; Schulstr. 506; Schulstr. 507; Schulstr. 508; Schulstr. 509; Schulstr. 510; Schulstr. 511; Schulstr. 512; Schulstr. 513; Schulstr. 514; Schulstr. 515; Schulstr. 516; Schulstr. 517; Schulstr. 518; Schulstr. 519; Schulstr. 520; Schulstr. 521; Schulstr. 522; Schulstr. 523; Schulstr. 524; Schulstr. 525; Schulstr. 526; Schulstr. 527; Schulstr. 528; Schulstr. 529; Schulstr. 530; Schulstr. 531; Schulstr. 532; Schulstr. 533; Schulstr. 534; Schulstr. 535; Schulstr. 536; Schulstr. 537; Schulstr. 538; Schulstr. 539; Schulstr. 540; Schulstr. 541; Schulstr. 542; Schulstr. 543; Schulstr. 544; Schulstr. 545; Schulstr. 546; Schulstr. 547; Schulstr. 548; Schulstr. 549; Schulstr. 550; Schulstr. 551; Schulstr. 552; Schulstr. 553; Schulstr. 554; Schulstr. 555; Schulstr. 556; Schulstr. 557; Schulstr. 558; Schulstr. 559; Schulstr. 560; Schulstr. 561; Schulstr. 562; Schulstr. 563; Schulstr. 564; Schulstr. 565; Schulstr. 566; Schulstr. 567; Schulstr. 568; Schulstr. 569; Schulstr. 570; Schulstr. 571; Schulstr. 572; Schulstr. 573; Schulstr. 574; Schulstr. 575; Schulstr. 576; Schulstr. 577; Schulstr. 578; Schulstr. 579; Schulstr. 580; Schulstr. 581; Schulstr. 582; Schulstr. 583; Schulstr. 584; Schulstr. 585; Schulstr. 586; Schulstr. 587; Schulstr. 588; Schulstr. 589; Schulstr. 590; Schulstr. 591; Schulstr. 592; Schulstr. 593; Schulstr. 594; Schulstr. 595; Schulstr. 596; Schulstr. 597; Schulstr. 598; Schulstr. 599; Schulstr. 600; Schulstr. 601; Schulstr. 602; Schulstr. 603; Schulstr. 604; Schulstr. 605; Schulstr. 606; Schulstr. 607; Schulstr. 608; Schulstr. 609; Schulstr. 610; Schulstr. 611; Schulstr. 612; Schulstr. 613; Schulstr. 614; Schulstr. 615; Schulstr. 616; Schulstr. 617; Schulstr. 618; Schulstr. 619; Schulstr. 620; Schulstr. 621; Schulstr. 622; Schulstr. 623; Schulstr. 624; Schulstr. 625; Schulstr. 626; Schulstr. 627; Schulstr. 628; Schulstr. 629; Schulstr. 630; Schulstr. 631; Schulstr. 632; Schulstr. 633; Schulstr. 634; Schulstr. 635; Schulstr. 636; Schulstr. 637; Schulstr. 638; Schulstr. 639; Schulstr. 640; Schulstr. 641; Schulstr. 642; Schulstr. 643; Schulstr. 644; Schulstr. 645; Schulstr. 646; Schulstr. 647; Schulstr. 648; Schulstr. 649; Schulstr. 650; Schulstr. 651; Schulstr. 652; Schulstr. 653; Schulstr. 654; Schulstr. 655; Schulstr. 656; Schulstr. 657; Schulstr. 658; Schulstr. 659; Schulstr. 660; Schulstr. 661; Schulstr. 662; Schulstr. 663; Schulstr. 664; Schulstr. 665; Schulstr. 666; Schulstr. 667; Schulstr. 668; Schulstr. 669; Schulstr. 670; Schulstr. 671; Schulstr. 672; Schulstr. 673; Schulstr. 674; Schulstr. 675; Schulstr. 676; Schulstr. 677; Schulstr. 678; Schulstr. 679; Schulstr. 680; Schulstr. 681; Schulstr. 682; Schulstr. 683; Schulstr. 684; Schulstr. 685; Schulstr. 686; Schulstr. 687; Schulstr. 688; Schulstr. 689; Schulstr. 690; Schulstr. 691; Schulstr. 692; Schulstr. 693; Schulstr. 694; Schulstr. 695; Schulstr. 696; Schulstr. 697; Schulstr. 698; Schulstr. 699; Schulstr. 700; Schulstr. 701; Schulstr. 702; Schulstr. 703; Schulstr. 704; Schulstr. 705; Schulstr. 706; Schulstr. 707; Schulstr. 708; Schulstr. 709; Schulstr. 710; Schulstr. 711; Schulstr. 712; Schulstr. 713; Schulstr. 714; Schulstr. 715; Schulstr. 716; Schulstr. 717; Schulstr. 718; Schulstr. 719; Schulstr. 720; Schulstr. 721; Schulstr. 722; Schulstr. 723; Schulstr. 724; Schulstr. 725; Schulstr. 726; Schulstr. 727; Schulstr. 728; Schulstr. 729; Schulstr. 730; Schulstr. 731; Schulstr. 732; Schulstr. 733; Schulstr. 734; Schulstr. 735; Schulstr. 736; Schulstr. 737; Schulstr. 738; Schulstr. 739; Schulstr. 740; Schulstr. 741; Schulstr. 742; Schulstr. 743; Schulstr. 744; Schulstr. 745; Schulstr. 746; Schulstr. 747; Schulstr. 748; Schulstr. 749; Schulstr. 750; Schulstr. 751; Schulstr. 752; Schulstr. 753; Schulstr. 754; Schulstr. 755; Schulstr. 756; Schulstr. 757; Schulstr. 758; Schulstr. 759; Schulstr. 760; Schulstr. 761; Schulstr. 762; Schulstr. 763; Schulstr. 764; Schulstr. 765; Schulstr. 766; Schulstr. 767; Schulstr. 768; Schulstr. 769; Schulstr. 770; Schulstr. 771; Schulstr. 772; Schulstr. 773; Schulstr. 774; Schulstr. 775; Schulstr. 776; Schulstr. 777; Schulstr. 778; Schulstr. 779; Schulstr. 780; Schulstr. 781; Schulstr. 782; Schulstr. 783; Schulstr. 784; Schulstr. 785; Schulstr. 786; Schulstr. 787; Schulstr. 788; Schulstr. 789; Schulstr. 790; Schulstr. 791; Schulstr. 792; Schulstr. 793; Schulstr. 794; Schulstr. 795; Schulstr. 796; Schulstr. 797; Schulstr. 798; Schulstr. 799; Schulstr. 800; Schulstr. 801; Schulstr. 802; Schulstr. 803; Schulstr. 804; Schulstr. 805; Schulstr. 806; Schulstr. 807; Schulstr. 808; Schulstr. 809; Schulstr. 810; Schulstr. 811; Schulstr. 812; Schulstr. 813; Schulstr. 814; Schulstr. 815; Schulstr. 816; Schulstr. 817; Schulstr. 818; Schulstr. 819; Schulstr. 820; Schulstr. 821; Schulstr. 822; Schulstr. 823; Schulstr. 824; Schulstr. 825; Schulstr. 826; Schulstr. 827; Schulstr. 828; Schulstr. 829; Schulstr. 830; Schulstr. 831; Schulstr. 832; Schulstr. 833; Schulstr. 834; Schulstr. 835; Schulstr. 836; Schulstr. 837; Schulstr. 838; Schulstr. 839; Schulstr. 840; Schulstr. 841; Schulstr. 842; Schulstr. 843; Schulstr. 844; Schulstr. 845; Schulstr. 846; Schulstr. 847; Schulstr. 848; Schulstr. 849; Schulstr. 850; Schulstr. 851; Schulstr. 852; Schulstr. 853; Schulstr. 854; Schulstr. 855; Schulstr. 856; Schulstr. 857; Schulstr. 858; Schulstr. 859; Schulstr. 860; Schulstr. 861; Schulstr. 862; Schulstr. 863; Schulstr. 864; Schulstr. 865; Schulstr. 866; Schulstr. 867; Schulstr. 868; Schulstr. 869; Schulstr. 870; Schulstr. 871; Schulstr. 872; Schulstr. 873; Schulstr. 874; Schulstr. 875; Schulstr. 876; Schulstr. 877; Schulstr. 878; Schulstr. 879; Schulstr. 880; Schulstr. 881; Schulstr. 882; Schulstr. 883; Schulstr. 884; Schulstr. 885; Schulstr. 886; Schulstr. 887; Schulstr. 888; Schulstr. 889; Schulstr. 890; Schulstr. 891; Schulstr. 892; Schulstr. 893; Schulstr. 894; Schulstr. 895; Schulstr. 896; Schulstr. 897; Schulstr. 898; Schulstr. 899; Schulstr. 900; Schulstr. 901; Schulstr. 902; Schulstr. 903; Schulstr. 904; Schulstr. 905; Schulstr. 906; Schulstr. 907; Schulstr. 908; Schulstr. 909; Schulstr. 910; Schulstr. 911; Schulstr. 912; Schulstr. 913; Schulstr. 914; Schulstr. 915; Schulstr. 916; Schulstr. 917; Schulstr. 918; Schulstr. 919; Schulstr. 920; Schulstr. 921; Schulstr. 922; Schulstr. 923; Schulstr. 924; Schulstr. 925; Schulstr. 926; Schulstr. 927; Schulstr. 928; Schulstr. 929; Schulstr. 930; Schulstr. 931; Schulstr. 932; Schulstr. 933; Schulstr. 934; Schulstr. 935; Schulstr. 936; Schulstr. 937; Schulstr. 938; Schulstr. 939; Schulstr. 940; Schulstr. 941; Schulstr. 942; Schulstr. 943; Schulstr. 944; Schulstr. 945; Schulstr. 946; Schulstr. 947; Schulstr. 948; Schulstr. 949; Schulstr. 950; Schulstr. 951; Schulstr. 952; Schulstr. 953; Schulstr. 954; Schulstr. 955; Schulstr. 956; Schulstr. 957; Schulstr. 958; Schulstr. 959; Schulstr. 960; Schulstr. 961; Schulstr. 962; Schulstr. 963; Schulstr. 964; Schulstr. 965; Schulstr. 966; Schulstr. 967; Schulstr. 968; Schulstr. 969; Schulstr. 970; Schulstr. 971; Schulstr. 972; Schulstr. 973; Schulstr. 974; Schulstr. 975; Schulstr. 976; Schulstr. 977; Schulstr. 978; Schulstr. 979; Schulstr. 980; Schulstr. 981; Schulstr. 982; Schulstr. 983; Schulstr. 984; Schulstr. 985; Schulstr. 986; Schulstr. 987; Schulstr. 988; Schulstr. 989; Schulstr. 990; Schulstr. 991; Schulstr. 992; Schulstr. 993; Schulstr. 994; Schulstr. 995; Schulstr. 996; Schulstr. 997; Schulstr. 998; Schulstr. 999; Schulstr. 1000; Schulstr. 1001; Schulstr. 1002; Schulstr. 1003; Schulstr. 1004; Schulstr. 1005; Schulstr. 1006; Schulstr. 1007; Schulstr. 1008; Schulstr. 1009; Schulstr. 1010; Schulstr. 1011; Schulstr. 1012; Schulstr. 1013; Schulstr. 1014; Schulstr. 1015; Schulstr. 1016; Schulstr. 1017; Schulstr. 1018; Schulstr. 1019; Schulstr. 1020; Schulstr. 1021; Schulstr. 1022; Schulstr. 1023; Schulstr. 1024; Schulstr. 1025; Schulstr. 1026; Schulstr. 1027; Schulstr. 1028; Schulstr. 1029; Schulstr. 1030; Schulstr. 1031; Schulstr. 1032; Schulstr. 1033; Schulstr. 1034; Schulstr. 1035; Schulstr. 1036; Schulstr. 1037; Schulstr. 1038; Schulstr. 1039; Schulstr. 1040; Schulstr. 1041; Schulstr. 1042; Schulstr. 1043; Schulstr. 1044; Schulstr. 1045; Schulstr. 1046; Schulstr. 1047; Schulstr. 1048; Schulstr. 1049; Schulstr. 1050; Schulstr. 1051; Schulstr. 1052; Schulstr. 1053; Schulstr. 1054; Schulstr. 1055; Schulstr. 1056; Schulstr. 1057; Schulstr. 1058; Schulstr. 1059; Schulstr. 1060; Schulstr. 1061; Schulstr. 1062; Schulstr. 1063; Schulstr. 1064; Schulstr. 1065; Schulstr. 1066; Schulstr. 1067; Schulstr. 1068; Schulstr. 1069; Schulstr. 1070; Schulstr. 1071; Schulstr. 1072; Schulstr. 1073; Schulstr. 1074; Schulstr. 1075; Schulstr. 1076; Schulstr. 1077; Schulstr. 1078; Schulstr. 1079; Schulstr. 1080; Schulstr. 1081; Schulstr. 1082; Schulstr. 1083; Schulstr. 1084; Schulstr. 1085; Schulstr. 1086; Schulstr. 1087; Schulstr. 1088; Schulstr. 1089; Schulstr. 1090; Schulstr. 1091; Schulstr. 1092; Schulstr. 1093; Schulstr. 1094; Schulstr. 1095; Schulstr. 1096; Schulstr. 1097; Schulstr. 1098; Schulstr. 1099; Schulstr. 1100; Schulstr. 1101; Schulstr. 1102; Schulstr. 1103; Schulstr. 1104; Schulstr. 1105; Schulstr. 1106; Schulstr. 1107; Schulstr. 1108; Schulstr. 1109; Schulstr. 1110; Schulstr. 1111; Schulstr. 1112; Schulstr. 1113; Schulstr. 1114; Schulstr. 1115; Schulstr. 1116; Schulstr. 1117; Schulstr. 1118; Schulstr. 1119; Schulstr. 1120; Schulstr. 1121; Schulstr. 1122; Schulstr. 1123; Schulstr. 1124; Schulstr. 1125; Schulstr. 1126; Schulstr. 1127; Schulstr. 1128; Schulstr. 1129; Schulstr. 1130; Schulstr. 1131; Schulstr. 1132; Schulstr. 1133; Schulstr. 1134; Schulstr. 1135; Schulstr. 1136; Schulstr. 1137; Schulstr. 1138; Schulstr. 1139; Schulstr. 1140; Schulstr. 1141; Schulstr. 1142; Schulstr. 1143; Schulstr. 1144; Schulstr. 1145; Schulstr. 1146; Schulstr. 1147; Schulstr. 1148; Schulstr. 1149; Schulstr. 1150; Schulstr. 1151; Schulstr. 1152; Schulstr. 1153; Schulstr. 1154; Schulstr. 1155; Schulstr. 1156; Schulstr. 1157; Schulstr. 1158; Schulstr. 1159; Schulstr. 1160; Schulstr. 1161; Schulstr. 1162; Schulstr. 1163; Schulstr. 1164; Schulstr. 1165; Schulstr. 1166; Schulstr. 1167; Schulstr. 1168; Schulstr. 1169; Schulstr. 1170; Schulstr. 1171; Schulstr. 1172; Schulstr. 1173; Schulstr. 1174; Schulstr. 1175; Schulstr. 1176; Schulstr. 1177; Schulstr. 1178; Schulstr. 1179; Schulstr. 1180; Schulstr. 1181; Schulstr. 1182; Schulstr. 1183; Schulstr. 1184; Schulstr. 1185; Schulstr. 1186; Schulstr. 1187; Schulstr. 1188; Schulstr. 1189; Schulstr. 1190; Schulstr. 1191; Schulstr. 1192; Schulstr. 1193; Schulstr. 1194; Schulstr. 1195; Schulstr. 1196; Schulstr. 1197; Schulstr. 1198; Schulstr. 1199; Schulstr. 1200; Schulstr. 1201; Schulstr. 1202; Schulstr. 1203; Schulstr. 1204; Schulstr. 1205; Schulstr. 1206; Schulstr. 1207; Schulstr. 1208; Schulstr. 1209; Schulstr. 1210; Schulstr. 1211; Schulstr. 1212; Schulstr. 1213; Schulstr. 1214; Schulstr. 1215; Schulstr. 1216; Schulstr. 1217; Schulstr. 1218; Schulstr. 1219; Schulstr. 1220; Schulstr. 1221; Schulstr. 1222; Schulstr. 1223; Schulstr. 1224; Schulstr. 1225; Schulstr. 1226; Schulstr. 1227; Schulstr. 1228; Schulstr. 1229; Schulstr. 1230; Schulstr. 1231; Schulstr. 1232; Schulstr. 1233; Schulstr. 1234; Schulstr. 1235; Schulstr. 1236; Schulstr. 1237; Schulstr. 1238; Schulstr. 1239; Schulstr. 1240; Schulstr. 1241; Schulstr. 1242; Schulstr

Berliner Bod-Bräuerei, Tempelhofer Berg.

Sonntag, den 4. Juli:

Grosses Sommerfest

arrangirt von den

Parteigenossen des 2. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

(Reichhaltiges Programm.)

Vokal- u. Instrumentalkonzert.

Spezialitäten-Theater.

Vorführung des Riesen-Kinematographen im kleinen Saale (hochkomisch). Die Stoffstücke ist von 3 Uhr an geöffnet.

Im großen Saale: **Tanz.** Anfang 4 Uhr. Programme gratis.

Billets à 25 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Lokalen zu haben; an der Kasse 30 Pf.

214/14

Die Vertrauensperson.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin.)

Am Sonnabend, den 10. Juli, in den Gesamtträumen des „Schloss Weissensee“:

Gr. Sommernachts-Fest.

Gr. Konzert. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Gr. Brillant-, Land- und Wasser-Feuerwerk.

In beiden Sälen: **Grosser Ball.**

Anfang 5 Uhr nachmittags. — Billet inkl. Tanz 30 Pfennige.

Alles Nähere besagt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt. Billets sind bei den Kassirern u. in sämtl. Zahlstellen zu haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonnabend, den 17. Juli 1897, in der Aktienbrauerei „Friedrichshain“:

Grosses Sommer-Fest

unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Nord“ und des Turnvereins „Sicht“.

Grosses Konzert.

Gesangsvorträge.

Fackelpolnaisé.

Grosser Ball.

(Näheres das Programm.)

Billets à 25 Pf. sind auf allen Zahlstellen sowie bei dem Kollegen Post, Grünauer Strasse 37, vorn 1 Tr. zu haben.

Herren, die am Ball teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Verein der Buchdrucker u. Schriftgießer für Niddorf-Brig.

Sonntag, 4. Juli, in den „Victoria-Sälen“, Hermannstraße 49/50:

Johannis-Fest

unter Mitwirkung hervorragender Kräfte. 35/8
Grosse Fackelpolnaisé. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.
Anfang 4 Uhr. — Programm 20 Pf.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.) 27/8

Montag, den 5. Juli 1897, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's oberem Saal, Alte Jakobstr. 75:

Mitglieder-Verammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die industrielle Maschine in der Volkswirtschaft. Referent: **Frh. Hansen.** 2. Abrechnung vom Sitzungssekt und vom Finghausek. 3. Das Streik- und Mahregelungs-Reglement. 4. Verbandsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Bevollmächtigte.**

Montag, den 19. Juli 1897.

Sommerfest

(Freier des guten Montags) in der Neuen Welt, Palenstraße 108-114. Gr. Garten-Konzert — Spezialitäten — Feuerwerk — Gr. Ball. Festprogramm an der Kasse gratis. Anfang des Konzerts nachm. 4 Uhr. Anfang des Balles 5 Uhr.

Billets sind in obiger Veranmlung, in sämtlichen Zahlstellen und im Bureau, Kamenstr. 50, zu haben.

Sonnabend, den 31. Juli 1897.

Grosser Dampfer-Ausflug

nach Bornhlm, Nieder-Schönsee und darauffolgendem **Grossen Sommernachtsball.** Abfahrt abends 9 Uhr von Jannow-Brücke. — Rückfahrt morgens 5 Uhr. Das Vergnügungskomitee.

Meinen werthen Parteigenossen und Freunden zur Nachricht, daß ich am 1. Juli des 21012* **Del-, Licht- und Seifengeschäft** und alle in das Fach einschlagenden Artikel von Herrn **Netzel, Päcklerstrasse 12,** käuflich erworben habe. Insbesondere die Genossen des Süd-Ostens ersuche ich um freundlichen Zutritt.

Wittwe Lina Schultze,
früh. in Königsberg in Preußen.

Geschäfts-Verlegung.

Vom 30. Juni d. J. ab befindet sich unsere [20040*]

Buchdruckerei

Louisen-Ufer 11 (zwischen Dinkowstr. u. Engelbecken.)

Die Verlegung stellen wir für notwendig, um Betriebsverbesserungen (Einführung elektrischer Betriebskraft etc.) vorzunehmen und dadurch allen Anforderungen der Zeit gewachsen zu sein.

Indem wir den Parteigenossen und allen sonstigen Geschäftsfreunden den herzlichsten Dank für das uns bisher geschenkte Vertrauen aussprechen, erlauben wir gleichzeitig, und auch im neuen Geschäftslotal das gleiche Wohlwollen entgegen zu bringen.

Drucksachen jeder Art werden stets prompt und sauber zu soliden Preisen angefertigt.

Hochachtungsvoll

Maurer & Dimmick.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser guter Vater, Großvater und Schwiegervater, der **Fischer (Einsler) Julius Martin** nach langen schweren Leiden am 1. Juli, 6 1/2 Uhr vormittags verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag den 4. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain ab statt. Die trauernden Hinterbliebenen. **Wilhelmine Martin geb. Heimbucher** nebst Kindern. 29576

Orts-Krankenkasse

des **Maurer-Gewerbes.**

Dienstag, den 13. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei **Rudolf, Grenadierstr. 33:** Außerordentliche **Generalversammlung.**

Tages-Ordnung:

Wänderung des § 2 Ziffer 3 des Statuts. Streichung der Worte: sowie der Handlungsgehilfen und Lehrlinge. 29585

Berlin, den 1. Juli 1897.

Der Vorstand.

H. Dache. H. Kelpin.

Orts-Krankenkasse der Maler und verw. Gewerbe.

Außerord. Generalversammlung der Delegierten am Mittwoch, den 7. Juli 1897, abends 8 1/2 Uhr, in den **Arminhallen** Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

Wänderung des Statuts (§ 13). Erhöhung der Krankenunterstützung von 12 auf 26 Wochen. Verschiedenes. 29545

Der Vorstand.

Arb.-Radfahrerverein Berlin.

Sonntag, den 4. Juli: **Tour nach Brandenburg.** Zusammenkunft mit den radfahrenden Genossen aus Mitteldeutschland. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, diese Tour mitzufahren. Treffpunkt Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Abfahrt früh 4, 5 und 6 Uhr. Zusammenkunft in Brandenburg: **Restaurant Concordia.** 29535

Für Landpartien und Sommerfeste

empfehlen wir in großer Auswahl: **Stocklaternen, Lampen, Fahnen, Papiermützen etc., sowie Verlosungs-Gegenstände.** Händler u. Arbeitervereine erhalten die billigsten Fabrikpreise. 21082*

S. & G. Saulsohn, Berlin C.,

Kaiser-Wilhelmstraße 19a.

Papier-Großhandlung.

Papierwaaren-Fabrik.

Ich nehme die gegen **Frau Therese Rosenberg, Friedrichsberg, Frankfurt a. M. 169,** ausgesprochene Verleumdung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. 29275

S. Eisenstadt, Frankfurt a. M. 165.

W. Balke, Schuhmachermstr.,

Köpenick, Gränich, 48.

Herren-Damenstiefel u. Kinderstiefel zum billigsten Preise halte stets vorrätig. Reparatur schnell u. bill. [21102*]

Graver Papagei hat sich angelunden bei **Stein, Solmsstr. 22** im Geschäftsfeller. 29575

Sommer-Freuden-Fest Schloss Weissensee 3.-8. Juli 1897.

Eine Hochzeit auf Helgoland.

Hochzeitsmarsch unter Bethelligung des Publikums.

Militär-Doppel-Konzerte. * Vorführung von Künsten aller Art. * Monstre-Feuerwerk.

Heute 4 Uhr Beginn des Festes. Eintritt 50 Pfennige.

Vorverkauf zu ermäßigten Preisen in den mit Plakaten belegten Handlungen.

Viktoria-Garten, Treptow, (früher Kämpel), Köpenicker Landstrasse.

Morgen, Sonntag: **Grosses Garten-Konzert.** Im großen Saale: **Tanz.** **Pony- und Esel-Reiten.** **II Kegelbahnen, Kaffeeküche (à 70 Pf.)**

Jeden Sonnabend: **Grosser Sommernachts-Ball.**

Jeden Mittwoch: **Grosses Kinderfest,** verbunden mit grosser Verlosung und Volksbelustigungen aller Art.

Schuhwaaren-Haus

S. Selbiger, 40 Landsbergerstrasse 40, Ecke Lietzmannstrasse.

Um meiner geehrten Kundschaft Gelegenheit zu geben, zur **Reisesaison** ihren Bedarf in **Schuhwaaren** zu Ausnahmepreisen decken zu können, habe ich mich entschlossen,

Ausnahme-Preise

Sonnabend, den 3., Sonntag, den 4., Montag, den 5., Dienstag, den 6., Mittwoch, den 7. Juli, gelten zu lassen.

Herren-Stiefel

gut und dauerhaft gearbeitet,
sonst 6,50 7,50 8,50 9,50 10,50
jetzt 4,50 5,50 6,50 7,50 8 Mk.

Damen-Promenadenschuhe

zum Schnüren, Knöpfen und Gummizüge
sonst 4,50 5,50 6,25 7,10
jetzt 3 3,75 4,50 5,15 Mk.

Mädchen- und Knaben-

Knopf- und Agraffenstiefel
in schwarz und farbig zu staunend billigen Preisen.

Damen-Stiefel

zum Knöpfen, auch Gummizüge,
sonst 6 7,50 8,25 9,30
jetzt 4,50 5,25 6,75 7,50 Mk.

Strandschuhe

für Damen, Herren und Kinder,
zu sehr billigen Preisen.

Grosse Auswahl in Kellner-Schuhen

in Schuhen für leidende Füsse sowie Radfahrer-Sandalen, Lawn-tennis-Schuhen zu äusserst billigen Preisen.

Sonntags geöffnet von 7-10 und 12-3 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Literarische Rundschau.

Theodor Herzka. Die Probleme der menschlichen Wirtschaft. Band I: Das Problem der Gütererzeugung. Berlin 1897. Dümmler's Verlagsbuchhandlung. 352 Seiten. Preis: 6 M.

Das neue Werk von Herzka, wenigstens der erste eben erschienene Band, ist nicht der weiteren Ausmalung der Freiland-Utopie, sondern einer Untersuchung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung gewidmet. Der Widerspruch, der zwischen der verhältnismäßig langsamen Steigerung des nationalen Reichtums und den gewaltigen, die Produktivkraft der Arbeit über jedes früher gedachte Maß hinaus erhöhenden Fortschritten der Technik besteht, soll klargestellt, der Weg zur Überwindung dieses Widerspruches innerhalb des Rahmens kapitalistischer Warenproduktion aufgezeigt werden. Der Hinweis auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten kann an sich nicht erklären, warum der handarbeitende, allen Reichtum wesentlich produzierende Teil der Bevölkerung an der technisch ermöglichten Reichtumssteigerung garricht oder nur im geringen Maße Anteil nimmt; aber er kann nicht erklären, warum das Maß des Reichtums, das im Durchschnitt, Arbeiter- und Kapitalistenklassen zusammengerechnet, auf der Bevölkerung fällt, in Widerspruch zu den durch den Stimulans technischen Fortschritts erzeugten Erwartungen, u. a. m. sehr gering ist. Nach den Ergebnissen der preussischen Einkommensteuer-Voranmeldung, die weil auf dem Deklarationszwang beruhend, wenigstens nicht allzuweit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben dürfte, betrug z. B. das Gesamteinkommen der 11 200 000 Personen, die als Haushaltungsvorstände oder sonst als selbstständig erwerbende Personen einer Einkommensunterlage, hochgerechnet d. h. wenn man die 8 1/2 Millionen selbstständig Erwerbenden, die wegen Armuth von der Steuerzahlung befreit blieben, mit einem durchschnittlichen Einkommen von 900 M. in Rechnung setzt) 10 826 Mill. Mark. Das jährliche Durchschnittseinkommen, das bei gleicher Verteilung auf jede dieser 11,2 Millionen, von denen weitaus die meisten als Haushaltungsvorstände mit einer Familie belastet sind, entfallen würde, beträgt also 1284 M. Und die bürgerlichen Blätter haben nicht verfehlt, aus solchen Berechnungen im Stile von Eugen Richter's bekannten „Zerlehnern“ Folgerungen gegen die Sozialdemokratie zu ziehen, die, wenn sie ihr Ziel, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die gleichmäßige Anteilnahme aller an den produzierten Genussgütern verwirklichen könnte, auch keine höhere Lebenshaltung, als sie heute durch die Kaufkraft von 1284 M. repräsentiert wird, den Familien der neuen Gesellschaft zu garantiren vermöchte.

Der Einwand wäre in der That einigermaßen entmutigend, wenn der Sozialismus durch die von ihm erstrebte Neuorganisation der Produktion nur die gleichmäßigere Verteilung des heute bereits erzeugten Reichtums von Genussgütern und nicht viel mehr zugleich eine mächtige Erhöhung der produktiven Kräfte erzielen wollte. Es gehört zum Wesen des Sozialismus selbst, diese beiden Ziele, die Befreiung der Ausbeutung und die Vermehrung der Produktionskraft, in untrennbarer Vereinigung zu erstreben. Wäre die Natur mit ihren Gaben so freigeb, oder wäre der ersfindende auf die Ausbeutung der Naturgaben für die Zwecke menschlichen Lebens gerichtete Geist in seinen Erfindungsleistungen noch so weit zurück, daß eine vervollkommnete, gesellschaftliche Kontrolle, unterstellt, die Ausbeutung befeitigende Organisation der Produktion nur ein so bescheidenes Maß der Lebenshaltung, wie es dem heutigen Durchschnittseinkommen entspricht, für die Gesamtheit der Gesellschaftsglieder verwirklichen könnte, auch dann wäre dies für die große Majorität des Volkes immerhin ein außerordentlicher Fortschritt. Aber der wirkliche Fortschritt, den der Sozialismus mit Recht erhofft, geht unvergleichlich über dieses Maß hinaus. Gerade die geringfügigkeit des Reichtums, der bei gleicher Verteilung heute unter der Herrschaft des Kapitals auf die einzelnen entfallen würde, ist eine der schärfsten Anklagen eben dieser bürgerlichen Gesellschaft, eines der wichtigsten Beweismittel, die der Sozialismus für sich in Anspruch nimmt. Denn die Natur ist reich und willig, von ihrem Reichtum zu spenden, und ununterbrochen geht der Siegeszug der Erfindungen vorwärts, durch welche die produktive, den Naturstoff zu menschlichen Gebrauchswerten umwandelnde Kraft der Arbeit über alle Erwartung hinaus vervielfältigt und gesteigert wird. Und wenn trotzdem der so gewonnene Reichtum, gleichmäßig verteilt, heute nur zum Notwendigen hinreicht, worin anders, als in der heutigen Form der Produktion, als in den Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft kann der Grund dieser merkwürdigen Erscheinung liegen? Kein Zweifel, die freie Konkurrenz der Kapitale hat im Verhältnis zu früheren Gesellschaftsperioden sich als mächtig wirkende Entwicklungsform des gesellschaftlichen Reichtums betätigt und die Erfindungen, zu denen sie antrieb, in weitem Umfang in die Praxis der Produktion überführt, aber ebenso gewiß ist es, daß sie andererseits der vollen Ausnutzung der nach dem Entwicklungsstande der Technik erreichbaren Produktivkräfte schwere, hemmende Schranken entgegensetzt.

Der industrielle Großbetrieb, der die Erzeugnisse moderner Technik in sich veredelt, gewinnt überall, so auch in Deutschland, fast in jeder Branche von Tag zu Tag mehr an Boden, wie aus jeder die Zahlen der letzten Volkszählung und die jetzt zum Abschluß gelangten, vom Verein für Sozialpolitik angeregten Untersuchungen über die Lage des Handwerks mit voller Klarheit hervorgeht. Aber dieser Prozeß der Arbeitersparnis und Steigerung der Produktivkräfte vollzieht sich innerhalb der freien Konkurrenz unter den schmerzhaften Weibungen, langsam und unsicher, in einem Tempo, das im Verhältnis zu der außerordentlichen technischen Ueberlegenheit dieser Betriebsform langsam erscheint. Die nichtständigen Produktionsformen erhalten sich, da keine selbständige Macht einer organisierten Gesellschaft den Fortgang zu technisch Höherem in allgemeinen Interesse leitet, mit verzweifelter Zähigkeit, denn an ihrer Erhaltung ist unter dem Einfluss der freien Konkurrenz die Existenz von Hunderttausenden und Millionen geknüpft, für die der gesellschaftliche Fortschritt zum technisch Höheren zugleich den Verlust der wirtschaftlichen Selbständigkeit und die Erschütterung aller gewohnten Lebensbedingungen bedeutet. Nach den sehr interessanten Berechnungen, die Hermann Borch mit Bezug auf die Ziffern der vorliegenden Berufszählung vom Jahre 1882 angeführt hat, würden z. B. bei konsequenter Durchführung der Großbetriebsform in Deutschland 8 600 000 Arbeiterkräfte das gleiche Produktivquantum zu produziren und den Verbrauch zu decken können, wie die 10 900 000 Arbeiterkräfte, die nach der Berufszählung tatsächlich in der Gesamtheit aller Betriebszweige beschäftigt waren. Der von den vorhandenen Arbeitskräften bei dem damals gegebenen Entwicklungsstande der Technik produzierte Reichtum würde also — und diese Schätzung ist sehr niedrig gegriffen — den wirklich erzeugten Reichtum um annähernd ein Fünftel oder Zwergel übersteigen. Der Konkurrenzkampf, der seiner Tendenz nach zur Ausbreitung der Großbetriebsform führt, erzeugt aus sich heraus fortwährende Gegenwirkungen, die diesen Prozeß, der bei sozialistischer Organisation sich glatt und rasch in enger Anpassung an den jeweils erreichten Stand von Erfindungen vollziehen könnte, aufhalten. Die verhältnismäßig langsame Verdrängung des Kleinbetriebes, aus der die Apologeten der modernen Gesellschaft so gerne die innere Festigkeit derselben ableiten wollen, ist von diesem, dem Standpunkte der Produktionsentwicklung aus betrachtet, nichts anderes, als ein Zeichen widersprüchlicher Beschränkung.

Aber von der Mächtigkeit so vieler Betriebe ganz abgesehen, auch die volle Entfaltung des Großbetriebes, der die freie Konkurrenz schließlich entgegenstrebt, ist innerhalb der Konkurrenz unmöglich, das Maß der technisch möglichen Produktivkraft in Wirklichkeit umzusetzen. Denn die Warenproduktion ist an den Absatz, das heißt nicht an die unbegrenzt ausdehnbaren Bedürfnisse der Gesellschaft, sondern an die sehr begrenzte kaufkräftige Nachfrage gebunden. Stetig drängt die Produktion gegen die Schranken dieser Nachfrage und wird von diesen Schranken wieder zurückgeworfen. Ueberproduktion, Absatzlosigkeit, Krisen sind die Erscheinungen, in denen das Widerspiel zwischen der freien Entwicklung der Produktivkraft und den ihr durch die kaufkräftige Nachfrage gezogenen Schranken zum handgreiflich-klaaren Ausdruck kommt. Ein Teil der produktiven Kräfte, das ist der hieraus folgende normale Zustand der bürgerlichen Gesellschaft, kann sich nicht betätigen, bleibt latent; die industrielle Reservearmee, die erzwungene Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden, die das Kapital nicht verwerten kann, weil es für das Produkt derselben keinen lohnenden Absatz fände, ist die notwendige, im Wesen kapitalistischer Warenproduktion begründete Begleitererscheinung der bürgerlichen Gesellschaft. Technische Mächtigkeit und Einschränkung der Produktion ergänzen so einander, um den wirklichen hinter dem möglichen Reichtum zurückzubehalten.

Herzka, der, wie seine Freiland-Utopie bereits zeigte, über die Warenproduktion, der er nur den kapitalistisch-anstehenden Charakter abstreifen will, auch in seinen Vorstellungen nicht hinauskommt, meint nun — und das ist der in seinem neuen Buche breit ausgeführte Grundgedanke —, daß dieser Widerspruch zwischen dem technisch erzeugbaren und dem wirklich erzeugten Reichtum auf dem Boden der gegebenen wirtschaftlichen Organisation bereits überwunden werden könne. Das Universalmittel hierfür sei eine durchgreifende und allgemeine Lohnerhöhung. Die Ausführungen sind nicht originell, was an ihnen richtig ist, ist bereits von anderer, vor allem von sozialistischer Seite hervorgehoben, was an ihnen neu, ist utopisch-einseitige Uebertriebung.

Richtig ist, daß eine solche Lohnerhöhung, ähnlich übrigens wie eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit und eine energische, auch auf den Kleinbetrieb und die Hausindustrie angelegte Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die Tendenz zum Großbetriebe notwendig verhilfen muß. Vor allem schon darum, weil die technisch nichtständigen Betriebe in der fortschreitenden Ausbreitung der Arbeitelaste die vielfach weitestgehende Erleichterung der Selbsthaltung besitzen. Nur mit größter Mühe läßt sich der Kampf mit den technisch besser ausgerüsteten Konkurrenten zu tragen, mühen sie unter neuen Lasten, durch welche sie bei ihrer ohnehin unangünstigen Position weit in Arter als die Großbetriebe betroffen wären, um vieles schneller zusammenzubrechen. Alles aber, was das Maß der Ausbeutung einschränkt, ist eine solche Last für sie.

Doch auch von der Wirkung, die eine Lohnerhöhung auf die Kleinbetriebe haben würde, abgesehen, ist es evident, daß eine solche Maßregel die Rentabilität der Maschinenarbeit bedeutend steigern und aus diesem Grunde bereits in breitem Umfange auf die Vermehrung der Maschinerie und der arbeitensparenden Methoden, also auf die Beschleunigung des technischen Fortschritts hinwirken müßte. Denn je niedriger die Löhne, um so billiger ist die lebendige Arbeit im Verhältnis zu den Arbeitsprodukten, deren Preis sich ja nicht nach den Löhnen allein, sondern nach der Gesamtheit der Produktionskosten und den Profiten der Unternehmer (eventuell auch nach den Grundrentenbezügen der Bodenbesitzer) richtet. Technisch betrachtet mag die Einführung einer neuen Maschinerie eine außerordentliche Ersparnis an lebendiger Arbeit, die im ganzen zur Herstellung gewisser Waaren notwendig ist, bedeuten, aber daraus folgt noch nicht, daß die Unternehmer bei niedrigeren Löhnen der Arbeitslöhne zu der Einführung solcher Maschinerie auch immer wirksam angeleitet werden. Ihnen kommt es ja nicht darauf an, die Waaren mit möglichst geringem Arbeitsaufwande oder technisch am vortheilhaftesten herzustellen, sondern dieselben pekuniär am vortheilhaftesten zu verkaufen. Wenn z. B. der zur Erzeugung einer bestimmten Waare im Durchschnitt notwendige Arbeitsaufwand, alles in allem, 1000 Arbeitsstunden beträgt und durch eine neue Maschinerie ev. auf 500 Stunden herabgesetzt werden könnte, so ist die Einführung derselben natürlich technisch vorteilhaft, aber sie erscheint pekuniär nur dann gewinnreich, wenn die durch die neue Maschine ersparte lebendige Arbeit theurer ist, als der Preis, den der Unternehmer für die Maschine, das Produkt früher geleisteter Arbeit, hätte zahlen müssen, oder vielmehr als der Theil des Maschinenpreises, den der Unternehmer entsprechend der allmählichen Maschinenabnutzung als Produktionskosten der betreffenden Waare neu in Rechnung stellen müßte. Je billiger die lebendige Arbeit ist, einen um so größeren Betrag lebendiger Arbeit muß eine neue Maschine schon ersparen, wenn unter Zugrundelegung des so berechneten Maschinenpreises (zu dem Kohlenpreise und anderen hinzutritt) eine Verminderung der Produktionskosten — Betrages durch die Maschinenarbeit für den Unternehmer herauszufinden, wenn er durch die Aussicht auf pekuniären Vortheil zur Anschaffung getrieben werden soll. Je höher umgekehrt die Löhne, oder der Preis lebendiger Arbeit, um so eher wird, auch bei relativ geringer Arbeitersparnis, die Einführung neuer Maschinerie vorteilhaft erscheinen und demgemäß vorgenommen werden.

Es zeigt sich hier wieder, daß die Forderungen, welche die Arbeiter innerhalb der gegebenen Wirtschaftsordnung vom Standpunkte ihres Klasseninteresses aufstellen, zugleich Forderungen der technischen Fortentwicklung und damit der Fortentwicklung dieser Wirtschaftsordnung selbst sind. Sowohl die Arbeitszeitverkürzung als die Lohnerhöhung, die sie anstreben, wissen das Tempo, in dem Maschinenarbeit und rationellere Technik sich verbreitet, mächtig beschleunigen. Die Vereinigten Staaten, das Land der höchsten Arbeitslöhne, sind zugleich das Land der höchst entwickelten Maschinenteknik. Aber die Fortentwicklung der bestehenden Wirtschaftsordnung im Sinne technischen Fortschritts und damit kapitalistischer Konzentration ist nicht bürgerlich-konservativ, sie entwickelt zugleich die Bedingungen, von denen aus die Arbeiterklasse zu neuen und höheren Organisationen des Wirtschaftslebens, dem Zukunftsziele, das ihr vorzubei, weiterstreben kann.

Die Verneinung des Reichtums, die Herzka von einer Lohnerhöhung erwartet, stützt sich freilich nur zum Theil auf die Erwägung, daß eine Lohnerhöhung die Maschinenverwendung rentabler mache und eben darum das Entwicklungstempo der angewandten Technik beschleunigen werde. Der Hauptzweck wird auf die durch Lohnerhöhung zu erzielende Vermehrung des kaufkräftigen Konsums gelegt, der in letzter Instanz für den Umfang des Absatzes und damit weiterhin der ganzen Produktion entscheidend sei. Auch diese Reflexionen sind unserer Partei gefällig. Wie oft hat man nicht sagen hören, daß das Kapital durch die Niedrigkeit der von ihm gezahlten Löhne die Kaufkraft der Massen, aus welche doch die kapitalistische Warenproduktion als ihr hauptsächlichstes Absatzgebiet angewiesen ist, künstlich einschränke und so den Boden seiner eigenen Existenz untergrabe!

Der Hinweis darauf, daß ein gewaltiger Theil der kapitalistisch organisierten Arbeit nicht konsumtions-, sondern produktionsmittel erzeugt, daß mithin die Produktion nicht an die Grenze der kaufkräftigen Konsumnachfrage gebunden sei, ist kein Beweis dagegen, denn alle Nachfrage, die von kapitalistischer Seite nach Produktions-

mitteln erhoben wird, ist relative, bedingte Nachfrage. Die Bedingung, von der in letzter Reihe die Nachfrage nach Produktionsmitteln abhängt, ist aber, daß die mit diesen Produktionsmitteln (Rohstoffe, Halbfabrikate, Maschinerie) erzeugten Waaren irgendwie in den wirklichen Konsum, den Endzweck jeder Produktion, eintreten, das heißt, daß sich zahlungskräftige Konsumenten finden, die bei Abnahme der konsumirten gewordenen Waaren dem Verkäufer die Produktionskosten, die er in Ankauf von Produktionsmitteln und Arbeitskräften veranlagt hat, mit Zuschlag der daraufgelegten Kapitalprofite zurückerstatten können. Die Werthe schichten sich in diesem allmählichen Leistungsprozeß der Konsumwaaren übereinander und der Konsument hat die ganze, aus hunderttausend Stücken zusammengesetzte Werthsomme zu bezahlen. Kann er das nicht, so muß nicht allein die letzte Zubereitung der Konsumwaaren, sondern rückwärts auch die Erzeugung der in Frage kommenden Produktionsmittel im Stocken geraten. Es ist richtig, daß das Kapital die Macht ist, die unmittelbare Nachfrage nach Arbeitskräften erhebt und daß demzufolge der Umfang der Arbeitsnachfrage in einem gewissen Zusammenhang mit der Kapitalakkumulation steht, aber ebenso richtig ist, daß die bloße Kapitalakkumulation, wofür sie nicht in einer entsprechenden steigenden Konsumnachfrage ihre Stütze findet, von sich aus selbständig die Arbeitsnachfrage überengorgene Grenzen hinaus nicht ausdehnen vermag. Die Arbeitsnachfrage des Kapitals erweist sich als bedingt durch die Arbeitsproduktionsnachfrage des kaufkräftigen Konsums. Der Weltmarkt verschleiert diese Zusammenhänge nur, indem er das Kapital von der einheimischen Konsumnachfrage bis zu gewissen Grade emanzipirt, aber er hebt sie dadurch, daß er die fremde Konsumnachfrage der einheimischen hinzusetzt, nicht auf.

Die Masse der Konsumenten wird aber von den Arbeitern gestellt, deren Einkommen ganz und gar für Konsumzwecke bestimmt ist. Je höher die Löhne, um so größer ist, alle übrigen Verhältnisse gleichgesetzt, die von dieser Klasse erhobene kaufkräftige Konsumnachfrage und damit die Konsumnachfrage überhaupt. Hohe Löhne entwickeln also die Reichtumsvermehrung im Rahmen der freien Konkurrenz nicht nur, indem sie zu stetig zunehmenden Maschinenbetriebe drängen, sondern ebensowohl auch dadurch, daß sie die kaufkräftige Konsumnachfrage, von der in letzter Reihe die Ausdehnung der kapitalistischen Produktion, die Umschlag der technisch-möglichen in gesellschaftlich-wirkliche Produktivkräfte abhängt, bedeutend erweitern.

Es wäre nicht einmal notwendig, daß die steigenden Lohnsätze den Gewinn der Kapitalistenklasse, dessen Sinken unter Umständen einen Anlaß in der von dieser Klasse erhobenen Konsumnachfrage und eine entsprechende Schwächung der Gesamtkonsumnachfrage nach sich ziehen könnte, notwendig drücken müßten. Denn einerseits könnte die Lohnerhöhung die Produktionskosten für die Waarenvermehrung steigern, der hierdurch geminderte Gewinn durch die vergrößerte Menge des Waarenumsatzes zu einem Theile ausgeglichen werden; und andererseits würde, wo auf Herzka besonders hinweist, der durch die Lohndrücke künstlich beschränkte Uebergang zu dem nun im Verhältniß zum Preise der lebendigen Arbeit billiger gewordenen Maschinenbetriebe der Steigerung der Produktionskosten wirksam entgegenarbeiten. Herzka verfährt nur merkwürdigerweise, daß eben dieser Erfolg der lebendigen durch die Maschineriearbeit als Schritte leicht massenhafte Arbeiter-Entlassungen, großes Aufschwollen der industriellen Reserve-Armee und die dementsprechende Schwächung des Gesamteinkommens der Arbeiterklasse und ihrer Konsumtionskraft zur Folge haben könnte, wodurch der Boden seiner ganzen Rechnung ein mächtiges Loch erhält. Der richtige Kern, daß eine Lohnerhöhung im allgemeinen auch die Konsumnachfrage und damit rückwärts die Reichtum erzeugende Produktionsentwicklung der bürgerlichen Gesellschaft steigern müßte, wird von ihm über jedes Maß zur utopischen Interferenzharmone hinaus getrieben. Man merke es, daß der Kern auch dieses ersten Bandes schon nach Freiland flucht.

Original ist, wie gesagt, nicht der Grundgedanke, daß dem Umfang der Produktion Schranken durch kaufkräftige Konsumnachfrage gesetzt sind und daß diese Schranken durch Lohnerhöhung erweitert werden können, sondern nur die utopistische Uebertriebung, die in der Lohnerhöhung das Universalmittel gefunden zu haben glaubt, was freilich nicht hindert, daß der Verfasser aufs innigste von der Reue und Größe seiner Ideen überzeugt ist. Wie sehr die Vorbedingungen, um in der Oekonomie wie in der Natur zu finden, ihm abgehen, tritt völlig klar in seiner Kritik der großen Oekonomie, vor allem auch in seiner wunderlich verworrenen Auffassung der Marx'schen Lehren hervor. Die Korrekturen, die er im ersten Abdruck der tiefen Unterscheidung Ricardos zwischen Werth- und Reichtumssteigerung zu Theil werden läßt, sucht sozialistisch-irreführend an Energie des Unverstandes. Immerhin, an dem Maßstabe der bürgerlich-landläufigen Empfindlichkeiten gemessen, bietet das Buch, das ist als selbstverständlich zuzugeben, eine reiche Fülle des Anregenden und Belehrenden.

May: Die wirtschaftliche Entwicklung. Januar 1897. (Berlin bei Puttkamer und Mühlbrecht. 156 S. Preis 2 M.)

Die Hefte, welche Herr May, der Inhaber der Firma Wegmann in Hamburg herausgibt — das vorliegende ist bereits das zweite im Buchhandel erschienene Heft — stellen in außerordentlich dankenswerther Weise die wichtigsten charakteristischen Thatfachen der im Jahreslauf erfolgten wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Man wundert sich über die harte Fülle des Gebotenen, wenn man die Schrift durchblättert. Der Kampf aller gegen die Landwirtschaft, die Gewerkschafts-Organisation in den verschiedenen Ländern, die Zentralisation der Produktion und des Bankwesens, Arbeitslosenversicherung, kommunale Sozialpolitik, technische Fortschritte, der Hamburger Streik, Ziffern über die Handelsbewegung und eine Unzahl anderer interessanter Materien werden, wenn auch natürlich nur in größter Kürze, berührt; das Inhaltsverzeichnis ermöglicht rasche Orientirung. Es ist nur schade, daß der Verfasser auf Schematik ganz verzichtet hat, die Angaben folgen in ununterbrochener bunter Reihe, jeder Versuch, nach größeren Gesichtspunkten die innerlich verwandten Thatfachen in zusammenhängende, sich von einander klar abhebende Kapitel zu gruppiren, fehlt einseitig. Es wäre sehr zu wünschen, daß der Verfasser diese reichhaltigen Ueberflüsse auch für die kommenden Jahre fortsetze, dann aber, um den Eindruck des Ganzen zu erhöhen, die Masse des Stoffes noch mehr sichten und vor allem gliedern würde. — Der Standpunkt dieses, mitten im Geschäftsleben stehenden Rundschauers ist entschieden fortschrittlich. Er tritt für freie Bewegung der Arbeiterklasse ein und erhofft von der Gewerkschaftsorganisation die Bekämpfung durchgreifender Lohnerhöhungen, durch welche die Kaufkraft der Massen — hier berührt er von fern den veralteten Gedanken — gebildet und für die Ueberwältigung der Arbeit geschaffen werden soll: „Werden Kräfte durch technische Fortschritte überflüssig, dann müssen die übrigen soviel höhere Entlohnungen erhalten, als erforderlich sind, um den Einnahme-Ansfall der überflüssig Gewordenen zu decken und letztere selbst wieder zu beschäftigen.“ Es geht ein englisch-demokratischer, gewerkschaftsfremdlicher, freierlicher Zug durch alle Ausführungen — die trockensten Thatfachen belebend — hindurch.

